

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 122 · 11. JAHRGANG · AUSGABE 3/2005 VOM 4. MÄRZ 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Deutschland  
im Krieg**

6 Jahre nach dem Jugoslawien-Krieg

7-10 | **Humorlose Narren &  
Rechenschaft der SPD**

von den Eberswalder Montagsdemos

12 | **Der Weg in eine  
nachhaltige Zukunft**

Permakultur

## Bedrohung durch Atomwaffen in der BRD

**Berlin (ippnw/bbp).** Während die »zivilisierte Welt« den bösen Buben in Nordkorea und Iran den Griff nach der Atombombe vorwirft und »diplomatische Mittel« bis hin zum Bombenkrieg androht, falls sie nicht klein beigeben, blieb eine Studie des US-Instituts Natural Resources Defense Council (NRDC), die die Organisation »Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW)« im Februar der Öffentlichkeit vorstellte, in den bürgerlichen Medien weitgehend unbeachtet.

Mit 480 Atomwaffen, die auf acht Luftwaffenstützpunkten in den NATO-Ländern Deutschland, Großbritannien, Italien, Belgien, Niederlande und Türkei stationiert sein sollen, zählt das renommierte Institut mehr als doppelt so viele Sprengköpfe, wie bislang in Europa vermutet wurden. Allein auf diesem Kontinent haben die USA damit ein größeres Arsenal der Massenvernichtungswaffen angehäuft, als sich insgesamt in chinesischem Besitz befinden. In der BRD lagern der Studie zufolge, die sich auf jüngst veröffentlichte Geheimdokumente, Presseberichte und andere Quellen stützt, nicht wie bisher vermutet 65, sondern 150 Atombomben (in Büchel und Ramstein). Bis zu 60 dieser Nuklearwaffen können im Ernstfall von deutschen Piloten in deutschen Flugzeugen eingesetzt werden. Dies bedeutet einen eklatanten Bruch des Atomwaffensperrvertrages durch die USA und Deutschland. Laut Artikel I des Atomwaffensperrvertrages ist die Weitergabe von Atomwaffen streng untersagt. Artikel II verbietet die unmittelbare oder mittelbare Annahme der Verfügungsgewalt über Atomwaffen.

Der Ehrenvorsitzende und Gründungsmitglied der deutschen IPPNW der Psychoanalytiker Professor Horst Eberhard Richter erklärt dazu:

»Wir verlangen, zugleich im Namen von 93 Prozent der durch Forsa befragten Bundesbürger und -bürgerinnen die sofortige Eliminierung der laut Sperrvertrag verbotenerweise auf deutschem Boden gehorteten Atomwaffen. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie den Willen der Bevölkerung respektiert und entsprechend handelt.«

Richter erwarte weiter von der Regierung, »daß sie sich für die unverzügliche Beseitigung der übrigen unzulässigerweise in Europa deponierten 300 Waffen nachdrücklich einsetzt sowie für die überfällige Einleitung von Verhandlungen zur vollständigen globalen atomaren Abrüstung gemäß Artikel VI des Atomwaffensperrvertrages.«

Nach Ansicht der Ärzteorganisation ist die Tatsache, daß mehr als doppelt so viele Atomwaffen in Deutschland lagern als bisher angenommen, mehr als besorgniserregend. Dies lasse den Schluß zu, daß die in den 90er Jahren unter Präsident Clinton geplante Reduzierung nicht statt gefunden habe, die eine »reduzierte Rolle« der Atomwaffen in den NATO-Streitkräften bedeuten sollte.

53 deutsche Bürgermeister und Bürgermeisterinnen fordern die deutsche Regierung auf, Verhandlungen über den Abzug der Atomwaffen von deutschem Boden zu beginnen und die nukleare Teilhabe Deutschlands aufzugeben. Sie sind Erstunterzeichner der »Erklärung der deutschen Bürgermeister«, die darüber hinaus die Forderung an die Bundesregierung stellt, »sich auf der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Mai 2005 für die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zum Verbot und zur Abschaffung von nuklearen Waffen und Material aktiv einzusetzen«.

## Glasnost im »Konzern Stadt Eberswalde«



Schon vor Beginn der StVV-Sondersitzung kann die Fraktion BKB/ Freie Wähler ihren Vorstoß als politischen Erfolg verbuchen. Die SPD-Fraktion ließ sich vorführen und legte eine »juristische Bewertung« der Anträge vor, die für jedermann als das erscheint, was sie ist: ein politisches Auftragswerk von Leuten, die Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern haben.

Die moderne Rechtswissenschaft bewertet die Dinge längst anders, als sie von den SPD-Juristen dargestellt wird. Mittlerweile gibt es sogar das Urteil eines Verwaltungsgerichtes, das die Rechtsauffassung der BKB-Fraktion stützt.

Doch auch ohne dem Urteil halten die Argumente der SPD einer urteilsfreien juristischen Bewertung nur bedingt stand. So spielen beispielsweise die Eigentumsrechte – die im bürgerlichen Recht im allgemeinen nicht gerade unterbewertet werden – in der SPD-Argumentation so gut wie keine Rolle. Die Eberswalder SPD outet sich als Befürworterin eines autokraten Herrschaftssystems, in dem die Bürgerinnen und Bürger lediglich eine Statistenrolle spielen. Die Äußerung von SPD-Chef Peter Kikow, wonach es »undenkbar« sei, »alles vor dem Bürger offen zu legen«, spricht Bände. (siehe auch Seiten 4 und 5)

GERD MARKMANN

## DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST 17.30 UHR.

## Wir brauchen neue Wege

Die Demographen warnen schon lange davor, daß insbesondere die Kommunen im Osten einen Wettbewerb um Einwohner führen werden und dabei eine attraktive Standortpolitik eine wichtige Rolle spielt.

Zu unterschiedlichen Zeitpunkten vollziehen sich auch in den Kommunen unseres Landkreises ein tiefgreifender Wandel in der Bevölkerungsstruktur. Die rasche Zunahme älterer Menschen und ebenso schnelle Verringerung der Geburtenrate erfordert für Entwicklungskonzepte unserer Gemeinden neue Ideen und Zielsetzungen.

Im Landkreis Barnim prallen dabei zwei gegensätzliche Tendenzen aufeinander. Erleben wir bereits heute im berlinnahen Raum unseres Landkreises einen kontinuierlichen Zuwachs von Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Altersgruppen, so müssen wir gleichzeitig wahrnehmen, daß in den berlinfernen Räumen eine gegensätzliche Entwicklung ihren Gang nimmt.

Auch Eberswalde ist von einer stetigen Einwohnerschrumpfung betroffen. Umso wichtiger wird es einerseits für die Stadt, attraktive Bedingungen für das Hierbleiben, z.B. für Studentinnen und Studenten der Fachhochschule und anderer Bildungseinrichtungen, und andererseits für den Landkreis für eine ausgewogene Infrastrukturentwicklung zu schaffen.

Unsere Kreisstadt verfügt dabei mit ihren infrastrukturellen Voraussetzungen über gute Ausgangsbedingungen für eine eigenständige Entwicklung. Wenn es uns gelingt, diese Voraussetzungen im Kontext mit den ökonomischen und ökologischen Voraussetzungen zu verknüpfen und überregional Partner mit ins Boot zu nehmen, könnte in wenigen Jahren ein modernes Holzzentrum inklusive der entsprechenden Dienstleistungsangebote entstehen.

Am Rande des Berliner Ballungsraumes gibt es bei vorausschauender Weiterentwicklung der Infrastruktur und des ÖPNV, die Chance Arbeitsströme aus der Peripherie des Ballungsraumes in ihn hinein aber auch umgekehrt zu entwickeln. Das kann zu Neuaniedlung, vor allem junger Menschen in unserer Region führen.

Und doch sind wir, Stadt und Landkreis gleichermaßen, gefordert, Bedingungen zu schaffen und zu garantieren, daß auch die älter werdende Bevölkerung hier einen Sinn für ein aktives Leben neu oder wieder findet. Das schließt aus meiner Sicht die Fortsetzung des Prozesses der »barrierefreien Stadt« genauso ein, wie die stärkere Entwicklung von kulturellen und politischen Angeboten. Die Zuordnung von Eberswalde zu den Oberzentren unseres Landes wäre dafür nicht nur eine formale Unterstützung seitens der Landesregierung.

Ein Diskurs zwischen Politik, Verwaltung, Unternehmen, Vereinen und Verbänden sowie Wissenschaftlern wird sich lohnen.

MARGITTA MÄCHTIG, MdL

## Willenserklärung gegen Rechts

Am 22. Januar 2005 haben in unserer Stadt etwa 50 Neonazis demonstriert. Diesmal nicht nur mit allgemeinen ausländerfeindlichen Parolen, sondern auch gezielt auf Bernau bezogen. Es ging gegen die jungen Leute vom Jugendklub DOSTO und gegen die Absicht der Mehrheit der gewählten Stadtverordneten, den DOSTO wie andere Jugendklubs weiter zu unterstützen.

Die konkreten politischen Aktivitäten des DOSTO mögen in einzelnen Punkten diskussionswürdig sein, aber die jungen Leute sind keine Chaoten und vor allem sind sie eins – konsequent antifaschistisch. Von daher brauchen sie unsere Unterstützung gegen Neonazis! Und künftig vielleicht etwas mehr als 150 antifaschistische Gegendemonstranten.

Jede Partei, Bewegung und Vereinigung, die ihre politischen Ziele zuförderst national und

deutsch-völkisch, also gegen so genannte ausländische Überfremdung formuliert, ist für uns neonazistisch, neofaschistisch sowie antidemokratisch und verfassungsfeindlich. Wer zudem Auschwitz als nazideutsches Vernichtungslager leugnet, die Opfer der Nazibarbarei durch Vergleich mit anderen Opfern zu verharmlosen sucht, von 60 Jahren Befreiungslüge spricht und sogar faschistische Unmenschlichkeit bejaht, betätigt sich als Urheber erneut von Verbrechen.

Im 60. Jahr des Sieges über den Faschismus und der Befreiung Deutschlands und Europas vom Nazismus ist es dringend Zeit, nazistischer Haltung und faschistischem Gedankengut konsequent den Kampf anzusagen. Dies wollen wir tun.

HEINZ SCHÄFER,  
Stadtvorstand der PDS Bernau

## Der 8. Mai bleibt der Tag der Befreiung

Kein Naziaufmarsch zum 60. Jahrestag

Die Alliierten Streitkräfte haben es am 8. Mai 1945 unter millionenfachen Opfern geschafft, die Deutschen und Europa von 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur zu befreien, einem menschenverachtenden Regime, von dem ein verbrecherischer Angriffskrieg und Terror ausging, der Millionen Menschen das Leben kostete und Elend, Leid und Vertreibung zur Folge hatte. Das nationalsozialistische Deutschland mußte bedingungslos und vollständig kapitulieren. Den Alliierten Streitkräften gilt an diesem Tag unser Dank sowie all jenen, die aktiv gegen das nationalsozialistische Terrorregime Widerstand geleistet haben.

Wer dies in Frage stellt, versucht Geschichte und die Verantwortung von Deutschen zu relativieren. Wir werden es deshalb auch nicht hinnehmen, daß Neonazis zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus in Berlin aufmarschieren und versuchen, am Brandenburger Tor, in unmittelbarer Nähe des Mahnmals für die ermordeten Juden Europas, die Geschichte zu verfälschen. Ihre Demonstration unter dem Motto »Schluß mit der Befreiungslüge – Schluß mit dem Schuldskult« ist eine Verhöhnung der Opfer und all derjenigen, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben ließen.

## Landkreis unterstützt Proteste

**Eberswalde (prest-bar).** Die vorgesehene massenhafte Schließung von Postfilialen im Landkreis Barnim erzeugt ein massives Unverständnis bei Bürgern, Unternehmern und Kommunalpolitikern. Den vielfältigen Protestaktionen in den einzelnen Gemeinden und Ämtern gelte

die uneingeschränkte Unterstützung des Landkreises. In einem Brief an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post haben sich alle Hauptverwaltungsbeamten der Ämter, amtsfreien Gemeinden und Landrat Bodo Ihrke, gegen die drohende Schließung gewandt.

Die Berliner Initiative Europa ohne Rassismus begrüßt und unterstützt all die unterschiedlichen Aktivitäten und Initiativen engagierter Einzelpersonen und Gruppen zum 60. Jahrestag der Befreiung und gegen den Nazi-Aufmarsch. Zugleich rufen wir alle auf: Lassen Sie nicht zu, daß Berlin zum Aufmarschgebiet der Nazis wird. Kommen Sie mit uns zum Brandenburger Tor, besetzen wir den öffentlichen Raum und zeigen, daß in Berlin kein Platz für Nazis ist – nicht für alte und nicht für neue, nicht am 7. und nicht am 8. Mai. Stehen Sie mit uns für ein tolerantes und weltoffenes Berlin und für die Verantwortung Deutschlands vor der Geschichte. Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung und das muß er bleiben. Die Berliner Initiative Europa ohne Rassismus hat bereits in der Vergangenheit erfolgreich verhindert, daß Neonazis die Mitte Berlins symbolisch besetzen. Egal wann und wo die NPD am Wochenende um den 8. Mai die Erinnerung an den 60. Jahrestag der Befreiung mit Füßen treten will – wir werden dem ein Bekenntnis zu Demokratie und geschichtlicher Verantwortung entgegenzusetzen. Angaben über den genauen Ablauf und Zeitrahmen werden folgen.

Berliner Initiative: Europa ohne Rassismus

### Zitat des Monats

GEORGE W. BUSH IST DER EINZIGE PRÄSIDENT SEIT PRÄSIDENT GARFIELD (IM JAHR 1881), DER NICHT BEI EINEM EINZIGEN AUSGABENVORSCHLAG SEIN VETO EINGELEGT HAT. GARFIELD KANN MAN VERGEBEN; DENN 3,5 JAHRE SEINER AMTSZEIT WAR ER TOT.

BILL BRONNER, Börsenspezialist

6 Jahre nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien

## Die UCK und ihre Massengräber

Buchtipp: Wolfgang Kaufmann, »Die Beobachter der Balkankrise«

Vor sechs Jahren führte die NATO Krieg gegen Jugoslawien. Im vorigen Jahr legte mit Wolfgang Kaufmann ein EU-Beobachter seine Erinnerungen über die Vorkriegszeit im Kosovo vor. Seine Sicht auf die UCK (Kosovo-Befreiungsarmee) könnte so manchen ernüchtern.

»Die albanische Politik war ein Jahr vor dem Krieg bereits auf völligem Konfrontationskurs gegen die Serben eingerichtet. Im Gegensatz zu serbischen Politikern ... wollten sie alles andere als eine einvernehmliche Lösung. Und das beruhte meines Erachtens auf dem Einfluß der UCK ... Trotz gegenteiliger Beteuerungen lag Entspannung nicht in ihrem Interesse«, urteilt Wolfgang Kaufmann. Als Leiter einer EU-Beobachtergruppe erlebte er die Geschehnisse damals aus erster Hand. Der Autor ist alles andere als ein Serbenfreund. Von 1993 bis 2002 war er fast durchgehend als Angestellter des Auswärtigen Amtes für die EU als Krisenbeobachter auf dem Balkan tätig. 1998 wurde der pensionierte Berufssoldat als erfahrener Krisenbeobachter in die Stadt Pec im äußersten Westen des Kosovo gesandt. Er sollte die EU objektiv über die Situation in der Region informieren. Außerdem stand die Vermittlung und Streitschlichtung vor allem auf kommunaler Ebene auf seinem Aufgabenzettel.

Wolfgang Kaufmann stellt in seinem Buch »Die Beobachter der Balkankrise« die Lebensbedingungen der serbischen, vor allem aber der kosovo-albanischen Bevölkerung seines Einsatzgebietes dar. Nur total frustrierte albanische Bauern wagten es, Anklage gegen die UCK zu erheben. »Es waren harte Maßnahmen«, schreibt Kaufmann, »mit denen die

UCK gegen die eigene Landbevölkerung vorging«. Meist richteten sich die Aktionen der UCK gegen Familienmitglieder der Dorfältesten, die getötet wurden. Für das Klima der Angst im Kosovo sei in erster Linie die UCK verantwortlich gewesen, nicht die serbische Führung und deren Sicherheitskräfte.

Selbst Massenhinrichtungen muß es Kaufmanns Beobachtungen zufolge seitens der UCK gegeben haben – für die anschließend die »serbische Soldateska« verantwortlich gemacht wurde. Ein Albaner in Pec habe ihm erklärt, die bei Glodane in einem Massengrab »entdeckten Toten seien nur ein Bruchteil der Albaner aus der Gegend, die durch die UCK hingerichtet worden seien. Die Regie dafür hätte bei Ramush Haradinaj und besonders bei Faton K. gelegen. Kaufmann weiter: »Die Gesamtzahl der beseitigten Albaner im Westteil des Kosovo um Pec schätzte er auf etwa zweihundert. Ihm seien noch andere Massengräber als das an der Kanalmauer bekannt. Der Grund für die Exekutionen von Albanern sei die Einschüchterung der Bevölkerung und die Ausschaltung albanischer Bürger, die loyal zum serbischen Staat gestanden hatten.«

Serbische Polizei und Militär haben auf Provokationen reagiert, bisweilen allerdings drakonisch bis maßlos. Kaufmann: »Die Presse und auch wir Beobachter konnten Ursache und Wirkung in unseren Berichten durchaus nicht immer auseinander halten.«

(Quelle: Junge Welt, 15.11.2004)

\* Wolfgang Kaufmann: Die Beobachter der Balkankrise. Books on Demand, Norderstedt 2004, 276 Seiten, 16,80 Euro (ISBN 3-8334-1200-3)

## Freiheit und Demokratie - für wen?

Was will der »Cowboy GWB« in Europa und in Deutschland? Was treibt ihn her?

Das Getöse um die Sicherheit eines Mannes aus dem »freiesten Land der freien Welt« steht im Gleichklang mit der Propaganda zur Begründung eines notwendigen militärischen Einsatzes gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und....

Geht dem Herrn jetzt die Luft aus, da sich der erhoffte Erfolg nirgendwo einstellt? Kommt anstelle des Öls nur immer mehr Blut zum fließen? Braucht der Weltgendar Geld und Kanonenfutter für neue Kriegsabenteuer?

Es kann nicht verwundern, wenn die Antipathie der Menschen immer größer wird.

Das ständige Heraufbeschwören von Kriegs- und Terrorpsychosen fordert geradezu jeden friedfertigen Menschen heraus, Abstand von solchen machtbesessenen Politikern zu nehmen. Zu viele Politikdefizite haben die USA seit Jahren aufzuweisen. Es kann nicht

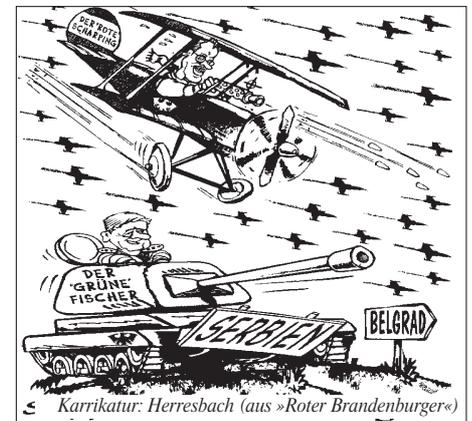
sein, nur das Wohl des eigenen Landes zu Lasten der ganzen Erdbevölkerung in den Vordergrund zu stellen. Da müssen einfach Aggressionen aufkommen.

Es wird auch mit der stärksten Militärmaschinerie nicht möglich sein, den ganzen Globus zu beherrschen. Es ist auch äußerst kurzfristig, zu denken, daß die Unterdrückung uralter Kulturen auf die Dauer gut geht. Irgendwann schlägt diese Strategie auf das eigene Land zurück. Bleibt nur zu hoffen, daß Deutschland sich nicht in den Strudel der von den USA inszenierten kriegerischen Auseinandersetzungen hineinziehen läßt. Es sind schon mehr als genug finanzielle und materielle Lasten zur Behebung der, insbesondere von den USA verursachten, Kriegsschäden zum Tragen gekommen. Vielleicht wäre ein Bruchteil dieses Geldes ausreichend, um nicht über ALG 2 reden zu müssen.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

## Deutschland im Krieg

Nun sind sie wieder Freunde, der Cowboy und der Kanzler. Vergessen, daß die BRD sich beim letzten großen Krieg so bockig anstellte. Manche Gutmenschen nannten Schröder zeitweise gar »Friedenskanzler«. Schöne Illusion.



Mehr als Illusion war's ohnehin nicht. Nur wegen der konträren wirtschaftlichen Interessen blieb die Bundeswehr beim Irakkrieg zu Hause. Jugoslawien aber gehört zur bundesdeutschen »Interessensphäre« schon lange vor Genschers Anfang der 90er die jugoslawische Kleinstaaterei förderte. 1999 tat die BRD aktiv mit, die Interessensphäre »heim ins Reich« der »Demokratie« zu bomben. Sechs Jahre danach marschieren noch immer deutsche Soldatenstiefel »friedensichernd« übers fremde Land.

GERD MARKMANN

Jagdgeschwader 74 umbenannt

## »Vati Mölders« entsorgt

Berlin (bbp). Das Jagdgeschwader 74 in Neuburg/Bayern heißt nicht mehr nach dem Nazi-Oberst Werner Mölders (vgl. »Vati Mölders« in BBP 5/2004). Die am 28. Januar 2005 von Verteidigungsminister Struck verfügte Umbenennung geht auf einen Beschluß des Bundestages vom 24. April 1998 zurück. Zu einem Beschlußentwurf anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung der spanischen Kleinstadt Guernica durch die deutsche »Legion Condor« hatte die damals noch in Gruppenstärke dem Bundestag angehörende PDS einen Punkt als Ergänzung vorgeschlagen, in dem die Umbenennung von Kasernen gefordert wird, die immer noch den Namen deutscher Helden der Legion Condor tragen.

Der Änderungsantrag wurde damals von PDS und Grünen bei Stimmenthaltung der SPD angenommen. In der Tageszeitung »Junge Welt« (26.2.2005) erinnert sich der damalige PDS-Abgeordnete Gerhard Zwerenz: »Die Mehrheit kam zustande, weil die Masse der CDU/CSU/FDP-Abgeordneten, offenbar fleißig ihren diversen Nebenbeschäftigungen nachgehend, dem Plenum fernblieben. Daß Struck 7 Jahre später unseren Bundestagsbeschluß vollzieht, dürfte ihm höchstens wegen der erheblichen Verspätung verübelt werden.«

Sondersitzung der StVV Eberswalde

## Transparenz in kommunalen Unternehmen

**Eberswalde (bbp).** Auf Initiative der Fraktion BKB/Freie Wähler findet am 8. März eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde zum Thema »Kommunale Unternehmen der Stadt Eberswalde und deren Verhältnis zu den Bürgern« statt.

Bezugnehmend auf den § 1 der Gemeindeordnung (GO) geht die Fraktion davon aus, daß eine Stadt »ihre Aufgaben in bürgerschaftlicher Selbstverwaltung zum gemeinsamen Wohl aller Einwohner durch ihre von den Bürgern gewählten Organe und im Rahmen der Gesetze durch die Bürger unmittelbar« erfüllt. Wenn eine Gemeinde, oder Organe der Gemeinde oder kommunale Unternehmen in starke Widersprüche zu ihren Bürgern geraten, so stelle sich die Frage, ob sie ihre Aufgaben noch zum »Wohl aller Bürger erfüllen«.

Massenweise Widersprüche gegen Bescheide und Abrechnungen kommunaler Unternehmen machen nach Auffassung der Fraktion BKB/Freie Wähler eine Beschäftigung der Stadtverordnetenversammlung mit diesem Thema notwendig. »Bürger wollen wissen, wie Gas-, Wasser-, und Strompreise zustande kommen und wie die wirtschaftliche Lage der Unternehmen aussieht. Das Recht der Bürger auf Transparenz der Geschäftspolitik der kommunalen Unternehmen und ihres Umgangs mit kommunalem Eigentum muß jederzeit gewährleistet werden.«

Über fünf Anträge der Fraktion BKB/Freie Wähler haben die Stadtverordneten am 8. März zu beraten und zu beschließen.

### Transparenz in kommunalen Unternehmen

»Die Vertreter der Stadt in den Gesellschafterversammlungen und den Aufsichtsräten der kommunalen Unternehmen und Unternehmen mit kommunaler Beteiligung werden beauftragt«, heißt es im ersten Antrag, »in den jeweiligen Gremien auf eine maximale Transparenz ihrer Arbeit für die Bürger hinzuwirken. Ziel ist es, den § 16 GO - Unterrichtung der Bürger -, den § 18 - Einwohnerfragestunde - und den § 44 GO - Öffentlichkeit der Sitzung-, in den kommunalen Unternehmen vollständig, und in Unternehmen mit kommunaler Beteiligung weitgehend umzusetzen.«

Durch die auch in Eberswalde nach der Wende gegründeten kommunalen GmbHs wurden »öffentliche Themen in geheim tagende Aufsichtsratssitzungen verlagert«. Das widerspreche dem Anliegen der Brandenburger Gemeindeordnung, die im § 1 die Gemeinde »als bürgerschaftliche Selbstverwaltung zum gemeinsamen Wohl aller Einwohner durch ihre von den Bürgern gewählten Organe und im Rahmen der Gesetze durch die Bürger unmittelbar sieht«. Damit stelle sich auch in Ebers-

walde die Frage, wie weit die Politik privatisiert und der Kontrolle durch Bürger und Medien entzogen werden darf. Faktisch geben die kommunalen GmbHs das Geld der Bürger aus. Das übertriebene Abschotten der Aufsichtsratsstätigkeit könne bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Mutmaßungen, Verdächtigungen und Argwohn führen. Bürger wollten beispielsweise wissen, wie die Gas-, Strom-, Wasser- und Badpreise zustande kommen und wie hoch eine kommunale GmbH verschuldet ist. »Geheimniskrämerei erzeugt Mißtrauen. Demokratie erfordert Transparenz der Entscheidungen.«

### Überprüfung Gesellschaftsverträge kommunaler Unternehmen

In ihrer zweiten Vorlage fordert die Fraktion BKB/Freie Wähler die Überprüfung der Gesellschafterverträge der kommunalen Unternehmen sowie Unternehmen mit kommunaler Beteiligung hinsichtlich der Ziele der Gesellschaft. »Zweck dieser Überprüfung ist es, das Gemeinwohl der Bürger der Stadt zum Bestandteil der Unternehmensstrategie zu machen.« Bis 30. Juni 2005 sollen im Ergebnis der Prüfung der StVV Vorschläge für entsprechende Gesellschaftsvertragsänderungen unterbreitet werden.

Die Fraktion ist der Auffassung, daß sich die kommunalen Unternehmen sowie Unternehmen mit kommunaler Beteiligung weitgehend verselbständigt haben. Es fehle nicht nur an der gebotenen Transparenz in der Arbeit dieser Unternehmen sondern auch an einer inhaltlichen Zielorientierung am Bürgerwohl. Statt Leistungen zum Wohle der Bürger zu erbringen, trügen die Stadt und ihre Bürger zunehmend die Lasten »unternehmerischer Tätigkeit« der Stadt bzw. finanzieren die Gewinne. Daher sei eine satzungsgemäße Orientierung auf das Bürgerwohl notwendiger Bestandteil der Gesellschaftsverträge.

### Offenlegung Preise und Kalkulationen

Die Vertreter der Stadt in den Gesellschafterversammlungen und den Aufsichtsräten der kommunalen Unternehmen sowie Unternehmen mit kommunaler Beteiligung sollen beauftragt werden, »in den jeweiligen Gremien darauf hinzuwirken, daß Änderungen der Preise und die zugrunde liegenden Kalkulationen den Bürgern frühzeitig und nachvollziehbar zur Kenntnis gegeben werden.«

Es entspreche dem Grundsatz der Kommunalgesetzgebung, daß Bürger frühzeitig und umfassend über die Entwicklungen in kommunalen Angelegenheiten informiert und damit Möglichkeiten der Mitwirkung gegeben werden. »Dies muß auch für kommunale Unter-

nehmen gelten. In Unternehmen, an denen die Stadt mit mehr als 25 % beteiligt ist, sollte dies ebenfalls angestrebt werden.« In besonderem Maße gelte das für Lieferungen und Leistungen, bei denen die kommunalen Unternehmen sowie Unternehmen mit kommunaler Beteiligung eine Monopolstellung gegenüber den Bürgern haben.

#### 100%-Tochterunternehmen:

Technische Werke Eberswalde GmbH (TWE)  
Wohnungsbau- und Hausverwaltungs GmbH  
Eberswalder Fleisch- u. Gastroservice GmbH i.L.

#### direkte Beteiligungen:

Eberswalder Sozial- und Gesundheits-Holding GmbH (5 %), WITO Wirtschafts- und Tourismusentwicklungsgesellschaft GmbH (3 %), Brandenburgisch-Mecklenburgische Elektrizitätswerke AG (0,85 %)

#### indirekte Beteiligungen (Auswahl):

TWE: Stadtwerke GmbH (26 %), Wirtschaftsförderungsgesellschaft Eberswalde mbH (66 %)  
WHG: Solarstrom Eberswalde GmbH (90 %), Marketing- und Dienstleistungs-GmbH (45 %)

### Offenlegung der Aufwandsentschädigungen

»Alle Aufwandsentschädigungen«, fordern BKB/Freie Wähler in einer weiteren Beschlusvorlage, »die Stadtverordnete im Zusammenhang mit ihrem Mandat erhalten, sind offen zu legen«. Von den kommunalen Unternehmen sowie den Unternehmen mit kommunaler Beteiligung sollen jährlich Nachweise über die an Abgeordnete und Vertreter der Stadt gezahlten Aufwandsentschädigungen angefordert werden. »Die personenbezogene Übersicht über die gezahlten Aufwandsentschädigungen ist öffentlich zu machen.«

### Rechenschaftslegung der Aufsichtsräte

Schließlich sollen die Aufsichtsräte der Stadtverordnetenversammlung jährlich Rechenschaft über die in den Aufsichtsräten geleistete Arbeit und die getroffenen Entscheidungen geben. Den Aufsichtsratsmitgliedern soll erlaubt werden, ihre Fraktionen über die Arbeit der Aufsichtsräte zu unterrichten.

»Die Umsetzung der Wirkungsmöglichkeiten der parlamentarischen Demokratie«, so die Begründung, »erfordert eine ausreichende Information der gewählten Abgeordneten.«

Schon zur Sonder-StVV soll jeweils einem Vertreter des Aufsichtsrates (mit städtischem Mandat) der Technischen Werke Eberswalde (TWE), der Stadtwerke und der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs- GmbH (WHG) die Möglichkeit gegeben werden, zum Thema der Sondersitzung zu sprechen. Das solle analog auch für einen Bevollmächtigten der Versammlung des ZWA Eberswalde gelten.

## Transparenz und Bürgerwohl tun not!

Unsere Fraktion hat eine Sondersitzung der StVV beantragt. Das Thema: Kommunale Unternehmen und deren Verhältnis zu den Bürgern.

Die Behandlung dieser Problematik erscheint uns gerade in dieser Zeit erforderlich. Erlebt doch der Eberswalder Bürger nicht nur infolge der allgemein schlechten Gesellschafts- und Wirtschaftssituation hohe Arbeitslosigkeit, Wegzug der Jugend aus der Stadt und Bevölkerungsrückgang, zunehmende Sozialbelastung der unteren Bevölkerungsschichten, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, um nur einiges zu nennen, sondern auch, daß seine eigenen Kommunalbetriebe (einschließlich der mit städtischer Beteiligung) an der Privatisierung der Gewinne und Vergesellschaftung der Kosten mitwirken.

So wurde kurzzeitig nach einer rund zehnprozentigen Gaspreiserhöhung durch die

Stadtwerke die nächste Erhöhung angekündigt. So sehen sich viele Mieter durch die WHG gegenüber Kostenforderungen Dritter nicht ausreichend geschützt. So müssen brav zahlende Bürger erkennen, daß der ZWA unter einer Gebührenermäßigung eine weitere Gebührenerhöhung versteht.

Solche und andere Erscheinungen im Auftreten unserer kommunalen Betriebe gegenüber dem Bürger lassen Zweifel aufkommen, ob die Unternehmensstrategie ausreichend das Wohl des Bürgers berücksichtigt. Des Bürgers, der doch der eigentliche Finanzier der kommunalen Betriebe ist. Das Bürgerwohl darf in den Zielen der Kommunalbetriebe nicht hinter dem Gewinnziel zurückstehen. Es ist auch Zeit, daß solche Begriffe wie Seriosität, Rechtschaffenheit, Moral, Anstand im Umgang mit dem Bürger wieder mehr Gewicht erhalten.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,  
Fraktionsvorsitzender BKB/Freie Wähler

## Verwaltungsgericht urteilte für Transparenz

*Gegen die Geheimniskrämerei privatisierter Kommunalbetriebe*

**Regensburg/Passau (jw/bbp).** In der Bundesrepublik ist es gängige Praxis, mittels Umwandlung öffentlicher Betriebe in Kapitalgesellschaften, wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen zu treffen. Kritiker sprechen schon lange von einer für die Bürger unzumutbaren Mausechlei und Geheimpolitik. Wie die Tageszeitung *»Junge Welt«* im Februar berichtete, könnte damit bald Schluß sein.

Das Verwaltungsgericht Regensburg hat am vergangenen Mittwoch als erstes Gericht die Transparenz der Entscheidungen für wichtiger erachtet. Damit stellte es sich gegen die bisher herrschende Meinung und folgte einer Argumentation, die vereinzelt schon unter Fachjuristen vertreten wurde, z.B. von Gesellschaftsrechtler Prof. Dr. Holger Altmeppen. Das Regensburger Urteil hat daher bundesweite Bedeutung, auch wenn es unmittelbar nur einen Vorgang im bayerischen Passau betrifft.

Dort hatte die hauptsächlich in Bayern aktive Ökologisch-Demokratische Partei (ödp), eine eher konservativ-kirchlich orientierte Umweltpartei, ein Bürgerbegehren mit dem Titel *»Bürgerbeteiligung statt geheimer Rathauspolitik«* initiiert. Hintergrund ist die Tatsache, daß in Passau die Stadtwerke (also der örtliche Strom- und Gasversorger und Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs) in eine GmbH umgewandelt wurden, deren einziger Gesellschafter die Stadt Passau ist. Daneben gibt es weitere hundertprozentige städtische Tochtergesellschaften für den sozialen Wohnungsbau, für die Verwertung städtischer Grundstücke und für kulturelle Veranstaltungen. Während früher für Entscheidungen in diesen Bereichen der Stadtrat zuständig war und es hierzu öffentliche Sitzungen gab, wurden nach der Umwandlung in GmbH Auf-

sichtsräte gebildet, die geheim tagen. Dasselbe geschah in den letzten Jahren tausendfach in vielen großen und kleinen Städten und Gemeinden, denn GmbH-Gründungen bringen den finanziell klammen Kommunen steuerliche Vorteile. Der Preis dafür ist aber die fehlende Transparenz der Entscheidungen.

Dagegen wandte sich das Passauer Bürgerbegehren. Die Öffentlichkeit der Sitzungen sollten hergestellt und die Geheimhaltungspflicht für die Stadträte aufgehoben werden. Obwohl dafür die nötige Anzahl Unterschriften vorgelagert, weigerte sich die Stadt, den als nächsten Schritt vorgeschriebenen Bürgerentscheid durchzuführen. Als Argument gab der von der CSU dominierte Stadtrat an, der Inhalt des Bürgerbegehrens verstoße gegen das GmbH-Gesetz, das als Bundesrecht zwingend von kommunalen GmbH anzuwenden sei.

Dies sah das von der ödp angerufene Verwaltungsgericht Regensburg ganz anders. Vizepräsident Dr. Hans Korber erklärte in der mündlichen Urteilsbegründung: *»Das Bürgerbegehren ist zuzulassen, weil es nicht auf ein rechtswidriges Ziel gerichtet ist. Die Organe der kommunalen GmbH geben rechtlich zwar eigenes, faktisch aber das Geld der Bürger aus. Das übertriebene Abschotten der Aufsichtsratsstätigkeit kann bei Bürgerinnen und Bürgern zu Mutmaßungen, Verdächtigungen und Argwohn führen. Bürger wollen beispielsweise wissen, wie die Gas-, Strom-, Wasser-, Bus- und Badpreise zustande kommen, warum eine Buslinie eingestellt wird, wie eine Freifläche entwickelt wird und wie hoch eine kommunale GmbH verschuldet ist. Geheimniskrämerei erzeugt Mißtrauen. Demokratie erfordert Transparenz der Entscheidungen.«*

(Quelle: [www.jungewelt.de/2005/02-07/014.php](http://www.jungewelt.de/2005/02-07/014.php))

SPD-Fraktion:

## »Offenheit vor den Bürgern ist undenkbar«

**Eberswalde (bbp).** Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Kikow hat bereits in der örtlichen Tagespresse hinreichend ausgedrückt, was er von den Forderungen der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim zur Transparenz städtischer Unternehmen hält: Das sei völliger Unsinn. Kikow meint: *»Alles vor dem Bürger offenzulegen, ist undenkbar.«*

Zur Untermauerung dieser Auffassung legte die SPD-Fraktion nun eine neunseitige *»juristische Bewertung«* der Anträge der Fraktion BKB/Freie Wähler vor. Darin heißt es u.a.:

*»Die Erfüllung kommunaler Aufgaben durch wirtschaftliche Betätigung ist in §§ 100-110 GO speziell geregelt.«* Dabei könne nicht auf die Allgemeinen Vorschriften der §§ 1, 16, 18 und 44 der Gemeindeordnung (GO) zurückgegriffen werden. Das in § 104 GO geregelte Weisungsrecht der Gemeinde stehe unter einem generellen gesellschaftsrechtlichen Vorbehalt, der sich wegen Art 31 GG aus dem bundesrechtlichen Vorrang des Gesellschaftsrechts gegenüber dem landesrechtlichen Gemeindeordnungsrecht ergebe. Die Regelungen insbesondere des Aktiengesetzes (AktG) und des GmbH-Gesetzes (GmbHG) setzen nach Ansicht der SPD-Juristen sowohl dem gemeindlichen Weisungsrecht als auch dem Informationsanspruch Grenzen.

Nur die Vertreter in der Gesellschafterversammlung seien demnach weisungsabhängig von der Gemeinde. Auch hinsichtlich des Auskunftsrechtes der Gemeindevertretung sieht die SPD vor allem Einschränkungen, die sich *»ausschließlich am Interesse des Unternehmens«* orientieren. Daß die Interessen eines Unternehmens vor allem von den Eigentümern, bei kommunalen Unternehmen also seitens der Gemeinde, definiert werden, kommt den SPD-Juristen dabei nicht in den Sinn. Stattdessen wird mit Strafbarkeit und mit Haftungsansprüchen gedroht. *»Für den ZWA Eberswalde«,* wird festgestellt, *»sind die von den Beschlußvorlagen angestrebten Ziele aufgrund seiner besonderen Rechtsform bereits weitgehend erfüllt.«*

## Geschäftsberichte

Für den Eberswalder Bürgermeister sind sogar die Geschäftsberichte der Gesellschaften so *»vertraulich«*, daß sie sogar vor den Stadtverordneten geheimgehalten werden müssen. Das zumindest meinte er in der Antwort auf eine entsprechende Anfrage vom November 2004. Allerdings müssen diese Geschäftsberichte aufgrund einschlägiger Vorschriften vor dem zuständigen Registergericht offengelegt werden. Und von dort kann jedermann die entsprechenden Berichte anfordern.

Hartz IV:

### Umsetzung ist das Problem

Am 11. Februar besuchte die Brandenburger Bundestagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm, gemeinsam mit den Vorstandsprachern der Barnimer Bündnisgrünen, Regine Satzer und Thorsten Kleinteich die Agentur für Arbeit in Eberswalde. Sie wollten sich dort über den Sachstand beim Strukturumbau im Zuge der Hartz-Reformen informieren. Die Beseitigung von Auszahlungsproblemen beim Arbeitslosengeldes II und die Verbesserung der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsagentur lagen ihnen dabei besonders am Herzen.

»Die Arbeitsmarktreformen, die die rot/grüne Bundesregierung mit den Hartz-Gesetzen auf den Weg gebracht haben«, sagte Cornelia Behm, »stellen auch die Brandenburger Arbeitsämter vor große Herausforderungen. Die Anpassungen der Strukturen an die neuen Regelungen zur verbesserten Arbeitsvermittlung und zur Auszahlung des neuen Arbeitslosengeldes II sind ein Kraftakt, der nur durch den außerordentlichen Einsatz der Mitarbeiter bei den regionalen Arbeitsagenturen zu realisieren ist. Ich begrüße das große Engagement aller hier Verantwortlichen. Bei meinen Besuchen der Brandenburger Agenturen möchte ich mir sowohl ein Bild über den Fortschritt bei der Umsetzung der Strukturreform machen, als auch mich über Probleme und Komplikationen bei der Umstellung auf das neue Regelwerk informieren. Für ein langfristiges Gelingen der Reform ist es notwendig, frühzeitig die Schwierigkeiten in der Umsetzung zu erkennen, um diesen auf der Bundesebene entgegensteuern zu können.«

### Kreistagsabgeordnete haften

**Potsdam/Neuruppin (kf).** Kann das Brandenburger Ministerium des Innern die Abgeordneten des Kreistages Ostprignitz-Ruppin persönlich haftbar machen, wenn sie die Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten ablehnen?

Die Landesregierung teilt mit, daß gemäß § 112 des Brandenburgischen Schulgesetzes für die Landkreise und kreisfreien Städte die Pflicht zur satzungsgemäßen Festsetzung eines angemessenen Elternbeitrages bestehe. Weiter habe das Ministerium des Innern gegenüber dem Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin festgestellt, »daß die geübte Verweigerungshaltung mit Blick auf die Bindung der vollziehenden Gewalt an Recht und Gesetz nach Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz (GG) und damit auch an § 112 BbgSchulG ein nicht akzeptabler Unrechtszustand sei. Hiermit war ein Hinweis auf die Haftungsvorschriften für Kreistagsmitglieder (§ 33 Landkreisordnung für das Land Brandenburg - LkrO -) und Landräte (§54 Abs. 3 LkrO) verbunden.«

(aus dem Mitteilungsblatt des kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e.V., Nr. 2-05)

## Zukunft der Ein-Euro-Jobs

**Berlin (bbp).** Fahrradwege bauen, Wohnungen pflegen, Kitas säubern, Brachflächen räumen – das sind, berichtet die Tageszeitung »Junge Welt« am 25. Februar, die »Arbeitsfelder im Bereich der harten Standortfaktoren«, die in einem Gutachten der Bridges Consulting Public Affairs & Management GmbH für die Beschäftigung Arbeitsloser vorgesehen sind.

In dem Gutachten heißt es u.a.: »Neue (bzw. erweiterte) Handlungsfelder für die kommunale Beschäftigung von Erwerbslosen werden insbesondere im »harten« kommunalen Infrastrukturbereich gesehen (...) Die geringen Mittel, die (...) für den Erhalt der Bausubstanz öffentlicher Einrichtungen budgetiert sind, machen bereits einige der potentiellen Arbeitsfelder auf öffentlichen Flächen/Einrichtungen deutlich (...) Frei-, Grünflächen-, Fahrradwege- und Bürgersteigpflege, Wohnumfeld- und Freizeiteinrichtungspflegearbeiten, Bäumung und Pflege von Brachflächen, Kita-, Schul- und Fahrradweginstandhaltung, Immobilieninstandhaltung und -pflege.«

Bisher werden solche Tätigkeiten durch reguläre, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erledigt. Der Gutachter, der seine Vorschläge für den Berliner Senat aufgeschrieben hat, sieht den Ersatz regulärer Arbeitsplätze durch Ein-Euro-Jobber in der kommunalen Haushaltsnot hinreichend gerechtfertigt. Wo kein Geld da ist, um reguläre Arbeit zu bezahlen, müssen Ein-Euro-Jobber her, ist die Logik: »Hierbei geht es ausdrücklich um zusätzli-

che Tätigkeiten, die mit den budgetierten Mitteln ... nicht erledigt werden können.«

Widerstand gegen eine solche Praxis gibt es nicht nur seitens der Gewerkschaften, sondern auch von den Unternehmer- und Fachverbänden. Den die Billiglohn-Konkurrenz fürchtenden Dienstleistungs- und Handwerksbetrieben solle daher verdeutlicht werden, »daß es für die Unternehmen keine anderen Aufträge an diesen Einrichtungen geben würde.« Ein weiterer Ansatz sei das Angebot an die örtlichen Wirtschaftsunternehmen, »sich an der Umsetzung direkt zu beteiligen«. Aufträge für solche Bau- und Renovierungsarbeiten würden dann an sogenannte Arbeitsgemeinschaften vergeben, bei denen reguläre Firmen ein paar regulär bezahlte Aufseher und Fachkräfte für das jeweilige Projekt stellen dürfen und dafür auch regulär bezahlt werden, während die meiste tatsächliche Arbeit von den Ein-Euro-Jobbern erledigt wird.

Der Gutachter fordert »eine offensive politische Diskussion«, damit Aktionen, wie jene, die unlängst durch den Neuköllner Bürgermeister, der von einer Umzugsfirma nur den Lastwagen samt Fahrer heuerte, während das Auf- und Abladen der Möbel und Akten von Ein-Euro-Jobbern gemacht werden sollte, zum Normalfall werden. Nur der persönlichen Courage dieses Fahrers – und vermutlich auch dem Ärger seines Chefs über das verlorene Geschäft – ist es zu verdanken, daß diese »kleine Maßnahme« aufflog.

### »Unhaltbare Situation für die Kommunen«

Mit dem in der letzten Wahlperiode beschlossenen Finanzausgleichsgesetz sollte die Finanzsituation in den Kommunen verbessert und vor allem verstetigt werden. Dieses Versprechen hat gerademal den Wahlkampf überstanden. Denn bereits im vorliegenden Haushaltsentwurf 2005-2006 werden allein dem kommunalen Finanzausgleich 50 Millionen Euro entzogen. Eine der Begründungen für die Kürzungen ist die zu erwartende Mindereinnahme aus Steuern im Land. Diese Situation war aber bereits vor der Wahl auch der Landesregierung bekannt.

Hinzu kommt, daß mit den angekündigten Streichungen Kommunale Haushalte nach ihrer Verabschiedung belastet werden und diese dann letztlich nur noch Makulatur sind. Eine Planungssicherheit und eine solide Haushaltsführung sind so nicht möglich.

Die Finanzsituation der Kommunen hat sich also weiter verschärft. Allein auf Grund höherer Fallzahlen beim SGB II (Hartz IV), ist es zu einer stärkeren Belastung der Landkreise und der Gemeinden gekommen.

In diese Situation kommt die Information der Sozialministerin, daß die Gelder für Leistungen nach dem SGB XII, also für die Grundsicherung an Betroffene, die nicht vom

SGB II betroffen sind, nicht mehr vom Land zur Verfügung gestellt werden. Woher nimmt eigentlich die Finanzministerin die Legitimation für eine solche Ankündigung, wenn die 2. und 3. Lesung des Landeshaushaltes erst im Mai erfolgen soll?

Schon die Verschiebung der Verabschiedung des Landeshaushaltes führt zu einer unhaltbaren Situation für die Kommunen. Es müssen also dringend eine Veränderungen herbeigeführt werden um die Handlungsfähigkeit der Kommunen, auch im Bezug auf ihre Verantwortung für die Betroffenen, zu sichern.

Die Übertragung von Aufgaben durch Bund und Land an die Landkreise und an die Gemeinden insgesamt muß immer auch mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln verbunden sein. Gerade in Ostdeutschland ist die Finanzausstattung der Kommunen ohnehin auf Grund des geringeren Steueraufkommens bereits weit unter der kritischen Grenze.

Da dieses Problem auch den Landkreis Barnim betrifft, werden wir mit den Landtagsabgeordneten aller Parteien aus dem Barnim das Gespräch suchen, um eine gemeinsame Position in die Haushaltsdiskussion einzubringen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN, MARGITTA MÄCHTIG und RALF CHRISTOFFERS

# Humorlose Narren

Humtata Humtata schunkelte das Rathausfoyer. Die Eberswalder Karnevalsvereine hatten sich am Rosenmontag eingefunden, um den am 11.11. übernommenen Rathaus Schlüssel an den Bürgermeister zurückzugeben. Auf dem Marktplatz vor dem Rathaus versammelten sich zur gleichen Zeit knapp hundert Menschen zur mittlerweile 25. Montagsdemo gegen Hartz IV und die Agenda 2010.

Die Montagsdemonstranten hatten eine kleine Abordnung ins Rathaus geschickt. Eine Büttendrede war vorbereitet. Ein Appell an die Karnevalisten, daß sie den Rathaus Schlüssel dem Bürgermeister nicht zurückgeben sollten. Ein Faschingsscherz.

Humtata Humtata. In Eberswalde sind auch zur Faschingszeit nur Scherze erlaubt, die an der Oberfläche bleiben. »Die Montagsdemo findet auf dem Marktplatz statt«, meinte der Bürgermeister. Bürgermeister und Karnevali-

sten blieben am Büttendemikrofon unter sich.

Das Motto des Eberswalder Karnevals: Wir wollen hier unseren Spaß haben, das Elend da draußen geht uns nichts an. Humtata Humtata.

G.M.



Erika Klatte im Gespräch mit den Eberswalder Narren Gerhard Walther und Reinhard Schulz.

Rechenschaft der Eberswalder SPD:

## »Wir geben Hartz IV eine Chance«

Die Eberswalder Montagsdemo hatte die Vertreter der SPD vor Ort aufgefordert, am 14. Februar Rechenschaft über die Sozialpolitik der SPD abzulegen. Die Vorbereitungsgruppe der Eberswalder Montagsdemo hat in ihrer Beratung am 16. Februar diese »Rechenschaftslegung« ausgewertet und erklärt dazu:

1. Eberswalder Montagsdemo begrüßt, daß sich die SPD der Erwartung gestellt und rund 20 Vertreter aus Bundes- und Kommunalpolitik entsandt hat, die den Demonstranten Rede und Antwort gestanden haben – ein erstes spätes Zeichen von Akzeptanz gegenüber den Montagsdemonstranten.

2. Auf die schriftlich gestellten Fragen von Eberswalder Montagsdemo hat die SPD mit Übergabe eines Flugblattes reagiert, aus dem der Standpunkt der SPD Eberswalde, der SPD-Stadtfraktion und der SPD-Kreistagsfraktion zu einigen der gestellten Fragen zu entnehmen war. Dazu ist festzustellen:

Im Flugblatt werden solche Änderungen an Hartz IV gefordert, die von den Montagsdemonstrationen von Beginn an als unakzeptabel zurückgewiesen wurden und die ohnehin keinen rechtlichen Bestand haben werden (Unterschiede ALG Ost und West, 58-er – Regelung, unklare Miethöhe und Wohnungsgröße ...).

In den grundsätzlichen Fragen stehen die Eberswalder SPD-Genossen zu Hartz IV und verteidigen diese Reform (»Wir geben der Reform eine Chance«; »wir sehen auch nicht, daß Ein-Euro-Jobs demütigend sind«).

Zu grundsätzlichen Fragen der Sozialpolitik (Umverteilung von unten nach oben) und der Arbeitsmarktpolitik (andere Verteilung der Arbeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen) äußerte sich die Eberswalder SPD nicht.



SPD-Stadtschef Peter Kikow verteilte am 14. Februar Flugblätter mit dem SPD-Standpunkt zu Hartz IV.

In der Aufzählung ihrer kommunalpolitischen Aktivitäten listet die SPD eine Vielzahl kleinerer sozialer Aktivitäten – oft mit Alibicharakter – auf, mit denen sie darüber hinwegtäuschen will, daß die Gefährdung dieser sozialen Maßnahmen erst durch ihre eigene Wirtschafts- und Haushaltspolitik entstanden ist. Wie ein Hohn klingt es, wenn sich die SPD-Genossen zu den Mitinitiatoren einer Arbeitsgruppe Hartz IV erklären, wo sie doch die Bildung von Betroffenenbeiräten in Stadt und Kreis verhindert haben.

3. Das Angebot des Landrates Ihrke zu einem weiteren Gespräch mit ca. 20 Vertretern von Eberswalder Montagsdemo wurde namens der Demonstranten von der Moderatorin Ute Frey angenommen.

4. Die Teilnahme an der Veranstaltung blieb unter den Erwartungen der Eberswalder Montagsdemo. Sicher maßgeblicher als das schlechte Wetter ist dafür die Frustration, Resignation und Politikverdrossenheit der Hartz IV-Betroffenen.

Presseerklärung der Eberswalder Montagsdemo

## An die Eberswalder Narren

Liebe Eberswalder Narren,  
spannt Ihr Euch vor uns'ren Karren?  
Heut' wär die Gelegenheit  
für ein Stück Gemeinsamkeit.

Liebe Narren, nehmt's nicht krumm,  
seht, es wär' doch wirklich dumm,  
ging der Rathaus Schlüssel heute  
wieder an die Ratsherrn-Meute.

Hätten die den Schlüssel nicht,  
hei, das wäre ein Gedicht.  
Müßten vor dem Rathaus stehen,  
oder gar nach Hause gehen.

Für die Stadt, da wär's kein Schaden,  
die Finanzen geh'n nicht baden,  
keine Steuern werd'n erfunden,  
Bald würd' unsre Stadt gesunden.

Klar ist, daß die Ratsherrn-Gilde,  
stets nichts Gutes führt im Schilde.  
Immerfort nur gilt ihr Streben,  
ihrem eignen bess'ren Leben.

Den kleinen Bürger kennt sie nicht,  
den arbeitslosen, armen Wicht.  
Den bitten sie auch nicht zur Fete,  
als wenn er zu viel fressen täte.

Sie eilen zu den reichen Herren,  
mit selbigen poussier'n sie gern.  
Sie bringen der'n Geschäft auf Trab,  
für sie fällt dabei auch was ab.

Die Ratsherrn und Demokratie,  
zusammen paßt das richtig nie.  
Am Wahltag haben sie es gern,  
gibt man sein Ja den hohen Herrn.

Doch in den folgenden fünf Jahren,  
da hab'n die Bürger oft erfahren,  
daß Worte schnell gebrochen sind,  
das weiß der Greis, das weiß das Kind.

Wir wissen auch und seh'n das ein,  
wir werden selber schuldig sein.  
Die Böcke haben wir gewählt,  
doch war's der Gärtner, der was zählt.

Nun ist es schwerlich noch zu richten,  
sie werden noch die Stadt vernichten.  
Ihr seid die Retter in der Not,  
vielleicht bringt Ihr noch was ins Lot.

Drum gebt den Schlüssel nicht zurück,  
Tut's nicht, für Eberswalde's Glück.  
Gebt uns den Schlüssel für das Haus,  
dann misten wir dort richtig aus.

Wir sind nicht mehr die dummen Kälber,  
die ihren Schlachter wählen selber.  
Das Steuer in der eigenen Hand  
ist für die Zukunft ein Garant.

Der Schlüssel bleibt dann bei den Schwachen,  
die Reichen haben nichts zu lachen.  
Ein jeder hat was auf der Bank.  
Euch Narren, unsern großen Dank!

## 24. Montagsdemo am 31.1.

Rund 80 Demonstranten versammelten sich auf dem Marktplatz. Wie schon seit einiger Zeit brannte auch diesmal wieder ein wärmendes Holzfeuer in einem Feuerkorb und es wurden Demo-Songs abgespielt. Rolf Iffner informierte, daß einige Freunde der Eberswalder Montagsdemo zeitgleich in Bad Freienwalde an einer Diskussionsveranstaltung der DKP zum Thema Hartz IV teilnehmen.

Frank Töpfers »Argument der Woche« beschäftigte sich mit dem Auftritt von Walter Momper in der Sendung Klipp und Klar am 25. Januar, an der auch Ute Frey von der Eberswalder Montagsdemo als DiskutantIn teilgenommen hatte. Thema war: »Gläserne Arbeitslose, gierige Politiker – Nebeneinkünfte von Politikern verbieten?«

Nach Frank Töpfer sprach Robert Malinowski zum Thema »Wohlstand für alle«. Diese Losung von Ludwig Ehrhard hieße heute »Armut für alle«. Albrecht Triller erzählte vom Erfahrungs- und Meinungsaustausch, zu dem sich die Organisatoren der Montagsdemo vieler Städte in Leipzig getroffen hatten. Das Leipziger Treffen endete u.a. mit dem Aufruf, am 14. Februar vor den örtlichen SPD-Büros Rechenschaft für die miserable Sozialpolitik zu fordern. Abschließend sprach Andreas Sult vom DGB Uckermark-Barnim.

Der Demonstrationszug führte diesmal durch jenen Teil der Altstadt Eberswalde, in dem der Anteil der Besserdienenden höher ist als anderswo. Die Demonstranten machten lautstark auf sich aufmerksam. Die Briefkästen des dort wohnenden Vorsitzenden der SPD-Stadtfraktion sowie des Landrates wurden, begleitet mit einigen zusätzlichen Phon, mit dem Leipziger »Aufruf zur Rechenschaftslegung«, gefüttert.

## 25. Montagsdemo am 7.2.

Anläßlich des besonderen Tages machten die Demonstranten ihre 25. Montagsdemo zur »Eberswalder Rosenmontagsdemo«. Bereits eine halbe Stunde vor Demobeginn besuchte eine vierköpfige »Abordnung« das Rathaus, wo zur gleichen Zeit die Eberswalder Narren den symbolischen Rathausschlüssel an den Bürgermeister zurückgaben. Die Montagsdemonstranten wollten die Narren in Form einer Büttenrede auffordern, den Rathausschlüssel nicht an den Bürgermeister, sondern an die Eberswalder Montagsdemo zu übergeben. Doch sie wurden vom Bürgermeister und vom Obernarren des EKK Gerhard Walther abgewiesen. Soweit geht der offizielle Humor dann eben doch nicht. Im Verlauf der Kundgebung trug Albrecht Triller den Text des »Appells an die Narren« vor.

Rolf Iffner bat anschließend Ute Frey als erste Rosenmontagsrednerin in die »Bütt«. Sie trug ein Gedicht von Rainer Weigt vor, einem Hartz IV-Betroffenen aus Jüterbog.

## »Gesetze schaffen keine Arbeitsplätze«

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel auf der 26. Montagsdemo am 14. Februar

Man muß die Dinge auseinanderhalten. Das eine ist Hartz IV, das ALG II und die damit verbundenen Fragen, die für einzelne tatsächlich schwierige Probleme aufwerfen. Das zweite ist die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region. Da läßt sich überhaupt nicht bestreiten, daß es eine Fülle von Problemen gibt, die nicht so einfach zu lösen sind. Die übrigens keine Partei so einfach lösen kann – ob sie im Bundestag sitzt oder nicht, ob sie in der Regierung ist oder in der Opposition. Das Hartz IV-Gesetz konzentriert sich schwerpunktmäßig auf Arbeitsvermittlung (*Buh-Rufe und Gelächter, Zwischenrufe: »Reichsarbeitsdienst«, »verfassungsfreundlich«*). Dabei ist wirklich so, daß es hier im Osten diese freien Stellen gar nicht gibt. Aber Arbeitsstellen kann man nicht durch Gesetze schaffen, sondern dadurch, daß Unternehmen Arbeitsplätze schaffen (*Zwischenrufe: »die Antwort war echt sozialdemo-*

*kratisch«, »das war 'ne Verarschung«*)... Ich habe gesagt, ich halte das Gesetz für notwendig. (*Zwischenrufe: »Pfui«, »Buh«*) Da sind einige Fehler, die wir verändern müssen. Dazu gehört die Frage der Ost-West-Angleichung. Ich werde mich dafür einsetzen, daß das verändert wird. Damit bin ich nicht allein. Was die Zusatzverdienste angeht... (*Zwischenruf: »Ich will nicht nur dazuverdienen, Arbeit will ich«*). Wir sehen durchaus Chancen, das Gesetz in diesem Punkt zu verändern...

Dann noch ein Wort zu den Nebentätigkeiten. Ich meine, jeder Abgeordnete soll über seine Nebentätigkeiten Rechenschaft abgeben. Ich selbst habe meine veröffentlicht. Wenn Sie aber meinen, alle seien käuflich, dann kann ich Ihnen nur grundsätzlich widersprechen. Wer einen Pauschalverdacht gegen irgendeine Berufsgruppe hat, der hat nicht begriffen, wie Politik und überhaupt Gesellschaft funktioniert.

## »Es war nicht alles vorhersehbar«

Landrat Bodo Ihrke auf der 26. Montagsdemo am 14. Februar

Jeden Dienstag ist bei mir Sprechstunde. Wer mit mir reden will, soll sich da einen Termin holen. Die gesamte Problematik Hartz IV ist ja sehr kompliziert, mit vielen Einzelregelungen. Da müssen wir natürlich die Fachleute am Tisch haben, um an den Stellen auch entsprechend nachzubessern. Wobei, nachbessern ist aus meiner Sicht nicht das richtige Wort. Denn es ist klar, wenn man so eine große Reform auf den Weg bringt, gibt es Problemfelder, die man vorher nicht sehen kann, die dann auch entsprechend geändert werden müssen. Dazu hat uns sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung die Zusage erteilt...

Zu den Ein-Euro-Jobs will ich Ihnen ehrlich sagen, ich kenne nur Leute, die mir sagten, daß sie diese Angebote sehr gerne annehmen würden (*Zwischenrufe*). Denn natürlich haben wir das Problem der sozialen Vereinsamung, natürlich haben wir das Problem der fehlenden Identifikation über Arbeit. Insofern kann ich Ihre Frage auch gar nicht nachvollziehen. Es ist tatsächlich so, daß die Menschen, mit denen ich ins Gespräch gekommen bin, sagen, gebt uns ... (*Ihrke wird übertönt von Zwischenrufen*

*und Sprechchören: »Arbeit ohne Lohn ist Sklaverei«, »verfassungsfreundlich«*) ...

Es ist doch so, daß wir in Deutschland Arbeitsplätze verlieren, weil insgesamt die Lohn- und Lohnnebenkosten zu hoch sind. Es gibt viele Beispiele in Europa, wo man es geschafft hat, das Wellental der Arbeitslosigkeit zu durchschreiten. Deutschland ist doch nicht Nummer 1. Wir sind Nachzügler. Die Schweden haben's geschafft, die Dänen, die Engländer und die Holländer haben's geschafft.

Wir haben einen Kompromiß gefunden, daß bei den Leuten, die was haben, die Zuwächse auch beschränkt werden. Die müssen solidarisch zu denen sein, die keine Arbeit haben. Und man hat es geschafft, daß es einen gesellschaftlichen Konsens gibt. Denn es gibt auch Reiche. Keine Frage. Soviel zur Frage der Moral, daß hier auch Vorbildwirkung da ist.

Das wird volkswirtschaftlich nicht den Effekt bringen, wie gemeinhin gesagt wird. Wer eine schnelle Lösung hat, der ist herzlich willkommen. Aber wir können nicht die hohen Belastungen auf die Löhne und Gehälter rauf tun, denn dann machen noch mehr Betriebe zu...

## »Ich gehe gern arbeiten, auch für 1 Euro«

SPD-Mitarbeiterin Marina Pippel auf der Montagsdemo am 14. Februar

Ich war selbst jahrelang arbeitslos. Ich weiß, was das bedeutet. Wir haben unsere Forderungen in einem Papier zusammengefaßt, was wir verbessert haben wollen. Es stimmt nicht, daß wir nicht gesprächsbereit gewesen sind. Schon seit Juli machen wir Sprechstunden zu Hartz IV. (*Zwischenrufe*)... Ich gehe gerne arbeiten, auch für einen Euro. Und in meinem Verein, da arbeiten auch Menschen mit Ein-Euro-Jobs.

Wissen Sie, wie gerne die arbeiten? Wissen Sie, wie gerne die unter Menschen sind? (*Zwischenrufe*). Wir haben uns mal die Mühe gemacht und haben rumguckend in den verschiedensten Berufsgruppen, was die verdienen. Die Menschen arbeiten für weniger Geld ... (*Zwischenrufe: »Sauerei«, »das ist traurig«, Pippels Rede wird durch laute Unmutsäußerungen beendet*).

## Arbeitsgruppe „Hartz IV“ beim Sozialausschuß der Stadt

# Betroffene ohne Einladung

»Die Vertreter der Betroffenen sind zur ersten Beratung der Arbeitsgruppe Hartz IV nicht erschienen, so daß die Beratung ausfallen mußte«, so etwa erklärte Marina Pippel bei der Montagsdemo am 14. Februar. Tatsächlich heißt es im Protokoll der Ausschußsitzung am 8. Februar dazu: »Die für 16 Uhr vorgesehene Sitzung der AG Hartz IV mußte wegen Mangel an Beteiligung ausfallen. Entsprechend dem Vorschlag des Ausschusses war vorgesehen, daß sich die AG vor jeder Ausschußsitzung trifft und einmal im Quartal an der Ausschußsitzung teilnimmt, das nächste Mal in der März-Sitzung«. Da müht sich nun die SPD-Fraktion der StVV, um die Betroffenen in die Ausschußarbeit einzubeziehen und dann das: die von Hartz IV Betroffenen kommen gar nicht! Welch Undank!

Doch betrachten wir die Entwicklung einmal etwas genauer. Seit August stand die Forderung nach einem Beirat der Stadt für Betroffene und Sozialhilfeempfänger. Nachdem lange keine Reaktion kam, hat die Fraktion BKB/Freie Wähler einen Antrag in die StVV eingebracht. Der wurde jedoch auf Vorschlag der SPD in den Sozialausschuß verwiesen. Aber die SPD wollte keinen Beirat, sondern hielt allein den Ausschuß für zuständig. Als Kompromiß wurde von der SPD vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe »Hartz IV« des Ausschusses aus Betroffenen zu bilden. Die Debatte in der StVV führte jedoch dazu, daß auch die Arbeitsgruppe keine Betroffenenvertretung wurde, sondern ein Gremium, dem nur zwei Betroffene angehören.

Die Bildung der Arbeitsgruppe erfolgte dann am 11. Januar in einer Beratung, zu der die beiden Betroffenen nicht ausdrücklich ein-

geladen worden waren, sondern einfach hingingen, weil sie in anderer Weise vom Termin Kenntnis hatten. Auch für die Beratung am 8. Februar erhielten die beiden Betroffenenvertreter keine Einladung. Die Mitglieder des Sozialausschusses haben inzwischen eine Ausladung für die Sitzung am 8. März erhalten, die bei den Betroffenenvertretern jedoch auch nicht eingegangen ist, ebenso wenig wie der für diese Sitzung vorzulegende Sachstandsbericht in Sachen Hartz IV.

Da hat sich Marina Pippel den falschen Adressaten für ihre Kritik gesucht. Wenn sie sich für eine Einbeziehung von Hartz IV-Betroffenen in die parlamentarische Arbeit einsetzen will, dann hat sie dafür in ihrer Fraktion und im Sozialausschuß genügend Gelegenheit. Von der Erfüllung der Erwartung der Montagsdemonstranten mit einem Betroffenenbeirat ist die Hartz IV-Arbeitsgruppe jedoch meilenweit entfernt.

FRANK TÖPFER



Rechenschaft der SPD Eberswalde am 14. Februar: Landrat Bodo Ihrke, MdB Markus Meckel und Marina Pippel (v.l.n.r.).

## »SPD-Fraktionschef im Stasi-Jargon«

Montagsdemonstranten fühlen sich von Darstellung in der Kikow-Homepage beleidigt

Ich finde es verantwortungslos, daß ein Herr Kikow, SPD-Fraktionsvorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, noch weiter in seinem Amt verweilen darf. Denn wer uns Montagsdemonstranten mit den Worten »Triller«-Pfeifen beleidigt, kann nicht genug im Kopf haben, um seine Arbeit als Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde fortzusetzen.

Auf der einen Seite sagt die SPD, daß sie für ein sozialeres und gerechteres Deutschland eintritt und auch sie möchte, daß es den Bürgern besser geht. Auf der anderen Seite darf ein Herr Kikow seine Mitmenschen beleidigen, die ebenfalls für ein sozialeres und gerechteres Leben eintreten. Er sollte doch erst den Kopf einschalten bevor er den Mund aufmacht oder etwas in seine Homepage schreibt! Wir fordern Herrn Kikow auf, sich öffentlich

bei uns Demonstranten und Organisatoren zu entschuldigen! Dazu hat er jeden Mittwoch um 19 Uhr im Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel die Gelegenheit.

Nur weil ein Herr Albrecht Triller mit bei uns am Tisch sitzt, sind wir doch keine Pfeifen. Erst recht nicht seine!

Wir haben unseren eigenen Kopf!!!

Abgesehen davon frage ich Herrn Kikow, ob seine Leute etwas Besseres sind als wir. Seine Leute werden in dem Homepageartikel mit Dienststellung, Vor- und Zunamen angesprochen. Bei unserer Demo-Moderatorin reichte sein Anstand nicht soweit. Das hat man schon zu DDR-Zeiten bei der Stasi so gemacht, daß man »Unwürdige« (in deren Augen) einfach nur mit dem Nachnamen ansprach.

FRANK TÖPFER,

Mitorganisator der Montagsdemos

Nach ihr hielten Änne Resmer und Frank Töpfer ihre Büttreden. Sandra und Hartwin stellten in einem Sketch die unterschiedlichen Lebenssituationen von arm und reich dar. Rolf Richter trug einen Dialog mit Erich Kästner vor, in dem er die Aktualität von Kästners Fersen für die heutige Zeit belegte.

Heiße Erbsensuppe sollte die Demonstranten noch einmal richtig satt machen. Denn mit Fastnacht beginnt die Zeit der fleischlosen Kost. Nur, für die ALG II-Betroffenen wird sie nicht nach 40 Tagen enden.

## 26. Montagsdemo am 14.2.

Die Montagsdemonstranten hatten es zuvor angekündigt. Die 26. Montagsdemo am 14. Februar wollten sie nutzen, um die örtliche SPD als Teil der Regierungspartei in der BRD mit ihrer Kritik an Hartz IV zu konfrontieren. Die hiesige SPD zeigte sich gut vorbereitet, als die 50 bis 60 Montagsdemonstranten, die sich trotz Frost und Schnee auf den Weg gemacht hatten, vor der Eberswalder SPD-Zentrale in der Breiten Straße eintrafen. Der Vorsitzende des Ortsvereins und der SPD-Stadtfraktion Peter Kikow verteilte vorbereitete Flugblätter »Wie stehen wir, die SPD-Kommunalpolitiker zu Hartz IV/SGB II?«, während der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Oberbarnim/Uckermark Markus Meckel auf die von Ute Frey vorgebrachten Fragen antwortete. Marina Pippel, Fraktionsmitarbeiterin und sachkundige Einwohnerin im Sozialausschuß, rechtfertigte die Ablehnung eines Betroffenenbeirates in der Stadt. Hier sei der bei ihrem Ausschuß angesiedelter Arbeitskreis viel effektiver. Doch schon an der zweiten Sitzung, deren Termin auf der ersten mündlich vereinbart worden sei, fehlten jedoch die Vertreter der Arbeitslosen, was sie sehr enttäuscht habe.

Karla Kruse, Ute Frey, Rolf Richter, Frank Töpfer, Manuela Richter und weitere Demonstranten nutzten die Gelegenheit, ihre Fragen zu stellen, ihre persönliche Situation zu schildern oder einfach nur ihren Unmut loszuwerden. Die Reden von Markus Meckel, Marina Pippel und Landrat Bodo Ihrke wurden von häufigen Unmutsäußerungen unterbrochen.

## 27. Montagsdemo am 21.2.

»Seit einem halben Jahr auf der Straße – wie weiter« war das Motto der 27. Montagsdemo. Die Frage nach der Fortführung der Montagsdemo stand schon in der Vorbereitungsrunde am 16.2. zur Debatte und war demzufolge Inhalt mehrerer Redebeiträge. Gegen Ende der Kundgebung stellte dann Ute Frey die Frage an die Anwesenden: »Wollen wir die Montagsdemo fortführen?« Ein klares und lautes »Ja« war die Antwort.

Die Teilnahme an der Demo zeigte aber, daß der Kreis sich wiederum verringert hatte.

Etwas mehr als 60 Teilnehmer wurden gezählt, und das lag sicher nicht nur am frostigen Ostwind. Die Organisatoren hatten zwar damit gerechnet und deshalb keinen Demonstrationzug angemeldet, aber dennoch insgeheim auf mehr Teilnehmer gehofft.

Die Moderation der Montagsdemo hatte diesmal Robert Malinowski übernommen. Die Hauptrednerin des Tages, die Brandenburgische DKP-Landvorsitzende Brigitte Müller, zollte den Demonstranten ihren Respekt für die Ausdauer und wünschte Kraft und Durchhaltevermögen für die Fortsetzung. Allein die Tatsache, daß die Demonstranten immer noch auf dem Marktplatz stehen, mache den Regierenden zu schaffen. Sie widersprach der Behauptung, daß für eine andere Politik das Geld fehle und verwies auf die Rüstungshaushalte und die Kosten der Kriegsführung.

Frank Töpfer verlas einen Brief an die SPD Barnim. Darin wies er die Bezeichnung der Demonstranten als »Triller«-Pfeifen in der Homepage des Vorsitzenden der SPD-Stadtfraktion Kikow scharf zurück und forderte seine Absetzung als Fraktionsvorsitzender.

Rolf Richter sprach über die »Rechen-schaftslegung« der SPD Eberswalde zu ihrer Sozialpolitik auf der Montagsdemo am 14. Februar. Die SPD habe ein halbes Jahr gebraucht, um das Wort an die Montagsdemonstranten zu richten. Sie habe Änderungen an Hartz IV gefordert, die aufgrund der Proteste und wegen Grundgesetzwidrigkeit ohnehin kommen werden, ansonsten aber ihre Zustimmung zu Hartz IV bekräftigt.

Karla Kruse beschäftigte sich mit der Frage, wie weiter mit der Montagsdemo? Sie würdigte die Leistungen derer, die dafür sorgen, daß die Montagsdemos stattfinden können. An Vielfalt und Ideenreichtum habe es nicht gemangelt. Aber vielleicht müssen noch andere Formen des Widerstandes und des Protestes gefunden werden. Eine mögliche Form wäre die Entwicklung eines »Eberswalder Sozialforums«.

Manuela Richter schildert ihren Einsatz für die Montagsdemo. Ihr fehlt das Verständnis, daß die Betroffenen so schwer zu bewegen sind, zu den Demos zu kommen.

Georg Büchner geißelte die Ignoranz der SPD-Kommunalpolitiker. Er widersprach der Behauptung, es gäbe in Eberswalde keine Armut. Die Gesellschaft werde immer weiter gespalten in arm und reich. Es komme darauf an, sich gegen die gesetzlich verordnete Armut zu wehren.

Ein Demonstrant im Rentenalter erklärt sich solidarisch mit den Demonstrierenden. Er bedauert, daß so wenige dem Aufruf zur Demo folgen. Er hält eine andere Taktik und mehr Aggressivität für nötig, damit die Betroffenen Gehör finden. Der Bundeskanzler Gerhard Schröder müsse für diese Politik abgewählt werden.

## Montagsdemonstranten im RBB-TV

Mit großem Interesse verfolgen die Eberswalder Montagsdemonstranten die kritischen Sendungen von »Klipp und Klar« zu den Themen Hartz IV und Sozialabbau. Da ist es mehr als verständlich, wenn sie auch Möglichkeiten der Mitgestaltung der Sendung nutzen.

Am 18. Januar beschäftigte sich »Klipp und Klar« mit der Frage: »Arbeitslos: Wohnung los? Jetzt wird Hartz IV umgesetzt«. Zu dieser Sendung fuhren 13 Freunde der Eberswalder Montagsdemo nach Prenzlau, von wo die Sendung ausgestrahlt wurde. Mit Plakaten und Spruchtafeln »dekorierten« sie den Übertragungsraum und sorgten durch lautstarke Zwischenrufe und Beifall bzw. Unmutsbekundungen für die kritische Atmosphäre der Sendung. Ute Frey von Eberswalder Montagsdemo hatte Gelegenheit als Zuschauerin eine Meinung am Zuschauermikrofon zu äußern und verwies darauf, daß für eingeschränkt Arbeitsfähige

überhaupt keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Diesem »Auftritt« folgten weitere.

Am 25. Januar trat Ute Frey als eine der »Fünf« in der Sendung »Gläserne Arbeitslose, gierige Abgeordnete – Nebeneinkünfte von Politikern verbieten?« auf. Sie prangerte an, daß Arbeitssuchende jeden Cent offenbaren müssen, während Politiker den Hals nicht voll kriegen und Nebenjobs nicht offen legen.

Erika Klatte, eine der »Fünf« am 1. Februar in der Sendung »Arbeit weg, Ersparnes weg – droht den 50-Jährigen Altersarmut?«, stellte dar, daß sie in ihrem Alter »für Arbeitgeber das Letzte« ist. Sie zeigte am eigenen Beispiel, daß sich ihr bisheriger 165 Euro-Job nicht mehr lohne (80 Prozent werden auf das ALG II angerechnet) und die Zuverdienstmöglichkeiten für ALG II-Empfänger eine Verhöhnung der Betroffenen darstellen.

Mitteilung der »Eberswalder Montagsdemo«

## Momper würde nichts offenlegen

Am 25. Januar ging es in der RBB-Sendung »Klipp und Klar« um das Thema Politiker und Ihre Nebenverdienste. Zu dieser Sendung war auch ein Herr Momper (Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses) zu Gast. Hört man seine Meinung, vergeht einem Hören und Sehen.

Er sagt: die Verfassung sieht die freie Mandatschaft vor. Also können Politiker oder Abgeordnete auch Nebenjobs haben. Momper meint, wenn die Politiker im Bundestag keinen Nebenjob mehr machen dürfen, würden wir keine vernünftigen Leute mehr in's Parlament bekommen.

Ich meine, daß im Parlament nur Politiker sitzen sollten, die ihre Arbeit aus Überzeugung dem Volke gegenüber machen, und keine Politiker, die nur im Parlament sitzen, um sich an die Diäten und Nebenjobs zu bereichern.

Der Publizist und Bürgerrechtler Wolfgang Templin vertrat in der Sendung ebenfalls unsere Meinung, daß die Politiker, machen sie so weiter, das Vertrauen, soweit überhaupt noch vorhanden, ganz und gar verspielen werden.

Frau Gerlinde Schermer (SPD) war mal Mitglied des Parlaments. Doch war sie eine, die für die Interessen des Volkes eintrat, auch gegen die Mehrheit ihrer Fraktion. Was passiert aber mit solchen Fraktionsmitgliedern? Sie werden zu den nächsten Wahlen einfach nicht mehr als Kandidaten aufgestellt. So heißt es also: Entweder man hält still oder man ist, wie Frau Schermer, weg vom Fenster. Da hat sich doch, wenn man das mit der ehemaligen DDR vergleicht, nichts geändert!

Ein Momper sagt da: Jede Fraktion hat ihre Linie, und wer mit der Linie seiner Fraktion nicht klar kommt, könne sich ja von ihr trennen und eine eigene Partei gründen.

Ein Herr Altmeppen (Energieversorger Vattenfall) meint, das System in unserem Land sei

gut. Er wäre stolz darauf, in so einem System leben zu dürfen. Ist das ein Wunder? Er muß ja auch nicht das mitmachen oder durchmachen, was wir mitmachen und durchmachen müssen, um leben zu können.

Auch eine Handwerksbetriebschefin war zu dieser Sendung eingeladen. Frau Spring vertrat die Meinung, wenn das System, in dem wir leben, wirklich so gut wäre wie die meisten Politiker behaupten, dann hätten wir bessere Ergebnisse. Auch sie vertrat die Meinung, daß es nicht sein könne, daß man Abgeordnete aufstellt, die nur nach oben dienen und nicht mehr die Interessen der Bürger wahrnehmen.

Sie hat recht. Oder? Das größte Problem der SPD wäre, sagte sie, daß sie sich von ihren 140jährigen Wurzeln total verabschiedet habe und deshalb viel an Glaubwürdigkeit verloren hat. Und wieder hat sie recht. Sonst würde es den Kleinen nicht so dreckig gehen.

Ute Frey hat uns Betroffene bei der Sendung vertreten. Sie wäre bei den Äußerungen von Herrn Momper bald geplatzt. Wenn die Politiker einen reinen Arsch hätten, sagte sie, würden sie, so wie wir es müssen, ohne zu diskutieren, alles offen legen. Ziemlich zum Schluß wurde Herr Momper mit den Zahlen unserer Zuverdienstmöglichkeiten und was wir davon behalten dürfen konfrontiert. Damit konnte er gar nichts anfangen. Er sagte nur, diese Zahlen seien nicht nachvollziehbar. Da sieht man mal, daß sich solche Leute, mit unseren Problemen gar nicht auskennen.

Ich würde sagen: Wir laden Herrn Momper mal zu uns ein, damit wir ihm einiges über Hartz IV, Alg II und Nebenverdienste beibringen können. Auch das, was es heißt, alles offen legen zu müssen. Denn er würde nichts offen legen, sagte er in dieser Sendung.

FRANK TÖPFER, 31. Januar

Bei anderen *nicht* gelesen (1):

## Preissenkung erhöht Attraktivität

Am 9. März beraten die Wirtschafts- und Finanzexperten über die Tierparkpreise

Wie dem MOZ-Artikel (*»Zooeintritt wird doch teurer«*, 16.2.2005) zu entnehmen war, beriet der zuständige Fachausschuß der StVV Eberswalde über die sozialen und kulturellen Aspekte der geplanten Tierparkpreiserhöhung. Die Sozialpolitiker der Fraktionen setzten ein paar Kompromisse durch, gaben der Verwaltungsvorlage aber im wesentlichen ihren Segen. Als Fachleute auf sozialem Gebiet kennen sie die soziale Situation der Eberswalder Bürgerinnen und Bürger genauestens und wissen, was zumutbar ist und was nicht. Höhere Tierparkpreise sind offenbar zumutbar. Bevor die Stadtverordnetenversammlung über die neuen Preise beschließt, ist nun noch die Meinung der Wirtschafts- und Finanzexperten der Fraktionen gefragt.

Sind höhere Eintrittspreise tatsächlich die wirtschaftliche Lösung für den Tierpark? Besteht nicht vielmehr die Gefahr, daß infolge des höheren Eintritts weniger Besucher kommen? Entsprechende Kalkulationen liegen nicht auf dem Tisch. Der Tierparkdirektor erzählt lieber Grusel-Geschichten von abgeschlagenen Känguruhköpfen und verhungerten Tieren.

Dabei kann der Tierpark auf seine positive Marketingarbeit stolz sein. Innerhalb eines halben Monats gelang es dem Tierparkmanagement von diversen Sponsoren mehr als 300.000 Euro zu akquirieren. Der Mitte De-

zember beschlossene Haushaltsplan ging noch von 0 Euro Spenden für den Tierpark aus. Doch schon am 8. Januar konnte in der MOZ ein anspruchsvolles Investitionsprogramm für den Tierpark verkündet werden. Auf diese Erfahrungen im Umgang mit spendewilligen Bürgerinnen und Bürgern kann sicher auch bei der Bewirtschaftung zurückgegriffen werden. Preiserhöhungen wirken da kontraproduktiv. Damit schreckt man potentielle Spender ab.

Mein Vorschlag ist daher, die Tierpark-Eintrittspreise zu senken. Damit erhöht sich die Attraktivität des Eberswalder Tierparks für breite Teile der Bevölkerung. Eberswalde würde weithin bekannt als die Stadt, in der die Tierpark-Preise sinken. Das ist imageförderndes Marketing nicht nur für den Tierpark sondern auch für die Stadt, die so zugleich ein öffentlichkeitswirksames Zeichen setzt, daß sie ihre Haushaltsprobleme nicht auf die Bürgerinnen und Bürger abwälzen will.

Eine Preissenkung bringt mehr Besucher und ermöglicht im Zusammenhang mit einem intelligenten Marketing die Entwicklung einer emotionalen Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit *»ihrem«* Tierpark. Das schafft ein *»Wir-Gefühl«* und animiert die Menschen, mit ihren Geld-, Sach- oder Arbeitsleistungen dem Tierpark bei der Bewältigung der betriebswirtschaftlichen Probleme zu helfen.

GERD MARKMANN

Bei anderen *nicht* gelesen (2):

## Vertrauensschwund beim ZWA

Der ZWA pflegt ein gestörtes Verhältnis zu seinen Kunden, zu den Bürgern. Das wird im Zusammenhang mit der Umstellung der Beitrags- auf Gebührenzahlung wieder einmal deutlich. Den vertrauensvoll Beiträge zahlenden Bürgern, die in dem angeblich öffentlich-rechtlichen ZWA eine moralisch-glaubwürdige Instanz gesehen haben, verpaßt der ZWA eine schallende Ohrfeige. Nicht nur, daß die Beiträge nicht zurück gezahlt werden, es findet für die allermeisten Bürger in Wahrheit gar keine Rückzahlung statt, da die neuen Gebühren höher ausfallen als die kleckerweise vorgesehenen Rückzahlungsbeträge und die Bürger somit in neue Vorleistungen gehen. Auch ohne Gebührenerhöhungen reichen 50 Jahre nicht aus, die gezahlten Beiträge zurückzuerstatten. Vielmehr sind es in der Regel 150 Jahre.

Auch die Verweigerung von Zinsen erschüttert das Vertrauen der Bürger in die Rechtfähigkeit des ZWA. Zudem wird deutlich, daß nicht die durch Widerspruch und Klage fehlenden Beitragszahlungen das Hauptproblem der Verschuldung des ZWA sind. Das offenen die relativ geringen Summen von

8 Mio Euro im Vergleich zur Gesamtschuldenlast von rund 130 Mio Euro. Unsere Fraktion betont ihren Standpunkt, daß die Hauptsache der Verschuldung in der Gigantomanie der ZWA-Gründung, die bis heute immer noch nicht als rechtmäßig nachgewiesen ist, liegt. Wir betonen auch weiterhin, nicht der Bürger, die Schuldigen sollen zahlen.

Daß die Umstellung der Beiträge auf Gebühren von der Versammlung beschlossen wurde, ändert nichts. Die Versammlung kann beschließen, was immer sie will. Solange deren Beschlüsse so weit entfernt von den Bürgerinteressen gefaßt werden und so lange man also eine so weite Kluft zwischen Bürgern und kommunalen Ebenen zuläßt, solange kann kein Vertrauen in öffentlich-rechtliche Einrichtungen gedeihen. Das sollte uns allen zu denken geben.

Die Bürger beginnen sich wieder einmal zu wehren. Erste Proteste sind beim ZWA eingegangen und die Mitgliederzahlen beim BKB steigen an.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,  
Fraktionsvorsitzender BKB/Freie Wähler

Zoo-Preise:

## Alle rauf oder alle runter?

Um die mit dem Haushaltssicherungskonzept verbundenen Einsparungen im Zoo Eberswalde auffangen zu können, brachten die Verwaltung und der Zoodirektor im Januar Vorschläge zur Erhöhung der Eintrittspreise in die Stadtverordnetenversammlung.

Erwartungsgemäß wurde keine Einigung über die neuen Preise erzielt, so daß sich erneut Ausschüsse mit der Problematik befassen mußten. Am 8. Februar fand die Beratung im Ausschuß für Jugend, Kultur, Sport, soziales und Senioren statt.

Es stand die unveränderte Fassung der Verwaltungsvorlage zur Diskussion. Mit konkreten Vorschlägen zur Veränderung konnten nur die Vertreter der PDS und BKB aufwarten. Die anderen Fraktionen beließen es bei einem allgemeinen Bekenntnis zum Erhalt des Zoos.

Die PDS brachte folgende Vorschläge ein: Unverändert sollte der Preis für die ermäßigte Karte bleiben, auf die Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Studenten, Auszubildende und Zivildienstleistende, Schüler über 16 Jahre sowie Schwerbehinderte mit entsprechendem Ausweis Anspruch haben; die Familienkarte sollte statt von 15 auf 18 Euro nur auf 16 Euro erhöht werden; die Kinderkarte sollte gleich bleiben.

Die ersten beiden PDS-Anträge fanden im Ausschuß eine Mehrheit. Nicht durchsetzen konnte sich die Fraktion bei dem Preis für Kinder. Die Erhöhung für die Normkarte für Erwachsene und für die ermäßigte Karte für den 1. Montag im Monat, wie es die Verwaltungsvorlage vorsah, wurde durch die Vertreter der PDS mitgetragen. Die Billigung der Mehrheit der Ausschußmitglieder fand auch die Tatsache, daß das Kombi-Ticket für Zoo und Familiengarten zum gleichen Preis wie bisher verkauft wird.

Eine neue Kategorie wurde auf Vorschlag der Vertreterin der BKB-Fraktion eingeführt. Künftig soll es auch für Alleinstehende mit Kind eine Ermäßigung geben.

Die PDS-Vertreter haben sich besonders für die Beibehaltung der Preise für die sozial Schwachen und Benachteiligten, wie Sozialhilfeempfänger, eingesetzt, damit auch für diese eine Zoobesuch nicht zum unerschwinglichen Luxus wird. Für viele der Betroffenen wird sich die Frage, ob sie sich das leisten können, trotz ermäßigter Preise, weiterstellen.

Eine generelle Senkung der Eintrittspreise für den Zoo hält die PDS-Fraktion für nicht realistisch angesichts der bereits heute notwendigen Zuschüsse aus dem Stadthaushalt. Auf einen verstärkten Zustrom von Besuchern als Antwort auf eine Preissenkung zu hoffen, wäre eine Rechnung mit zu vielen Unbekannten.

HANNELORE SAUPE,  
PDS-Fraktion in der StVV Eberswalde

## Für die Umwelt »EM«

Seit einigen Jahren ist die Abkürzung »EM« bekannt für »effiziente Mikroorganismen«. Dies ist eine Erfindung und Entdeckung des japanischen Professors Higa, der in jahrelangen Untersuchungen festgestellt hatte, daß eine geeignete Mischung von Mikroorganismen den Menschen helfen kann. Es sind dies Urbakterien aus der Entstehungszeit unseres Planeten sowie weitere Bakterien und Pilze. Er fand durch Zufall eine solche Mischung dieser Organismen, bei der die eine Art von den Abprodukten der anderen Art lebt.

Solche Abprodukte, die diese Mikroorganismen verwenden, produziert der Mensch in zunehmendem Maße. Wir Menschen versuchen, sie mit viel Energieaufwand zu »entsorgen«. Dabei könnten diese EM das für uns besorgen. In Japan hat man bereits begonnen, damit verschmutzte Gewässer zu reinigen. Seit Jahren berichten Gartenbau-Zeitschriften in Deutschland über Erfolge mit EM. Ärztliche Mitarbeiter von Prof. Higa fanden heraus, daß sie totkranke Krebspatienten mit EM heilen konnten.

Eine Vielzahl der bisherigen Beispiele der für uns Menschen günstigen Wirkung sind in dem Buch von Franz-Peter Mau »EM« (ISBN 3-442-14227-X) nachzulesen. Über eine Firma in Ilsenburg, die verschiedenen EM-Produkte anbietet, kann man sich auch in der BRD mit den EM versorgen und dann selbst diese neuen dienstbaren Wesen vermehren.

KARL-HERMANN SIMON

## Raus aus dem Teufelskreis

Mein Onkel ließ sich, als ich gerade Lehrling in der Landwirtschaft geworden war, immer meine Hände zeigen und inspizierte die sich langsam bildenden Schwielen. Erst als die so richtig hart wurden, war ich für ihn ein »richtiger Mensch«. Nach der Berufsausbildung studierte ich dann aber doch – dachte aber schon damals, daß (für mich) eine Kombination von 4 Stunden körperlicher Arbeit (durchaus auch im Stall) mit Wissenschaft in der verbleibenden Zeit eine ideale Kombination wäre.

Deshalb beobachtete ich die Tendenzen der Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit durch produktive Techniken immer sehr interessiert. In der Umschulung nach der Wende lernten wir Frauen dann kaufmännische Buchungssätze. Gleichzeitig lernten wir, daß ein Computer viele Buchhalter ersetzen kann. Dementsprechend hatten die meisten von uns wieder nur für weitere Arbeitslosigkeit die Schulbank gedrückt.

Fast in jeder Familie zeigt sich jetzt eine eigenartige Zerrissenheit. Die einen können vor Arbeitsstreß nicht mehr aus den Augen blicken – die anderen hängen rum, werden von einer Maßnahme zur anderen und inzwischen auch schon mal aufs Spargelfeld geschickt.

Die Situation ist verworren, wie kommen wir aus diesen Teufelskreisen heraus?

aus: <http://www.thur.de/philo/arbeit3.htm>  
(listex)

## Permakultur

# Der Weg in eine nachhaltige Zukunft

von Daniel Fischer

Seit Millionen von Jahren hat sich die Natur in einem sich ständig wandelnden dynamischen Prozeß immer weiter entwickelt. Dabei entstand aus einfachen Lebensformen eine immer größere und komplexere Vielfalt an neuen Arten. Diese Entwicklung fand letztendlich ihren Höhepunkt in der Entstehung der natürlichen Ökosysteme. Das sind perfekte, sich selbst regulierende Wirkungsgefüge der Natur, die durch den jeweiligen Lebensraum und die dort vorkommenden Lebensgemeinschaft gekennzeichnet sind. Ohne das Zutun des Menschen konnten sich diese komplexen, wunderbaren Systeme über Jahrmillionen selbst erhalten und an die Umweltverhältnisse anpassen.

Durch den Einfluß des Menschen und der heutigen Zivilisation befinden sich jedoch viele Ökosysteme wie der Regenwald in Gefahr, weil zahlreiche Tier- und Pflanzenarten in einem rasanten Tempo aussterben, die Beinträchtigung durch die Umweltverschmutzung immer weiter zunimmt und Lebensräume in immer größeren Ausmaßen vernichtet werden. So sollen beispielsweise ein bis zwei Drittel aller auf der Welt vorkommenden Arten voraussichtlich bis zum Jahr 2100 verschwunden sein, sofern die gegenwärtige Entwicklung der Zivilisation weiter anhält. Weitere globale Umweltauswirkungen wie der menschenverursachte Treibhauseffekt lassen ebenfalls keine positive Zukunftsprognose erwarten. Durch den Raubbau an der Natur, die rücksichtslose Verschleuderung der natürlichen und nicht erneuerbaren Ressourcen sowie durch die übermäßige Bevölkerungszunahme haben wir die Erde bereits an den Rand ihrer physikalischen Belastbarkeit gedrängt. Zahlreiche Wissenschaftler gehen allerdings davon aus, daß die Umweltprobleme noch weiter zunehmen und sich verschärfen werden, sofern wir nicht zu einer radikalen Umkehr in unserer Denk- und Handlungsweise bereit sind. Dabei ist die Erde doch der einzige Planet, auf dem wir leben können. Eine zweite Erde existiert nach dem gegenwärtigen Wissensstand nicht und es wird sie auch in ferner Zukunft sicherlich nicht in erreichbarer Nähe geben.

Aufgrund dieser Tatsachen steht fest, daß es nicht so weiter gehen kann wie bisher. Jeder Unternehmer, der seinen Betrieb so führen würde wie die Menschheit ihr Unternehmen, die Erde, würde bald vor dem absoluten Bankrott stehen. Deshalb ist es höchste Zeit, sich

Klarheit über die Ursachen der gegenwärtigen Umweltvernichtung zu verschaffen und über unsere eigene Verantwortung nachzudenken. Unser Konsumverhalten, unsere Ernährungsgewohnheiten sowie die Art und Weise, wie wir unsere Nahrung produzieren, haben einen wichtigen Einfluß auf den Zustand unserer Umwelt. Das gleiche trifft aber auch auf uns selbst bezogen zu, denn nur in einer gesunden Umwelt können wir dauerhaft unsere Gesundheit und unser Wohlergehen erhalten.

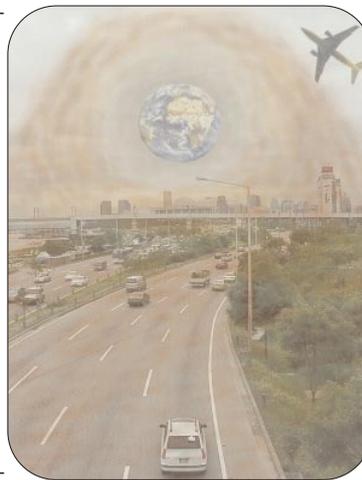
Zwar können wir als Einzelne nicht die ganze Welt verändern und sicherlich nicht alle existierenden Schwierigkeiten allein aus dem Weg räumen. Dennoch sollten wir uns ent-

scheiden, ob wir weiterhin ein Teil des Problems sein wollen oder uns als Teil der Lösung begreifen. Wie die zahlreichen Lebensformen in der Natur durch ein unsichtbares Netz miteinander verbunden sind, so sind wir Menschen letztendlich auch mit der Erde verbunden. Als einzelne Individuen können wir uns daher mit einer Zelle eines größeren Organismus (der Welt) vergleichen, die entweder zu einer gesunden Entwicklung des Organismus beiträgt oder im

schlimmsten Fall Krebs verursacht. Im Einklang mit der Natur zu leben bedeutet positive Gesundheit für uns und den Planeten, getrennt von ihr zu leben bedeutet jedoch genau das Gegenteil.

Durch die rücksichtslose Profitgier, die Maßlosigkeit in der heutigen Industriegesellschaft und durch die Entfremdung von unserem eigenen Ursprung – der Natur – ist vor allem die heutige Wohlstandszivilisation der reichen Länder zu einem Krebsgeschwür für die Welt geworden, das den Planeten mehr und mehr verschlingt. Während die Erde Millionen von Jahren brauchte, um die wunderbare Vielfalt an unterschiedlichen Lebensformen und Ökosystemen zu entwickeln, droht sie nun in eine stinkende Kloake verwandelt zu werden, auf der sich nur einige wenige Bakterienkulturen, Pilze und Mikroorganismen wirklich wohl fühlen können.

Allerdings heißt es, nicht die Hoffnung zu verlieren. Denn es gibt auch zukunftsorientierte Ansätze, die sich damit befassen, wie wir von der Natur lernen und mit ihr im Einklang leben können. Ein solcher Ansatz stellt der Begriff »Permakultur« dar, dessen Erläuterung Gegenstand der mit dem heutigen Beitrag beginnenden Artikelserie sein soll.



## Ideologie in Alltagspolitik übersetzen

Replik zu »Der Barnimer Weg der PDS« von Albrecht Triller in BBP 2/2005

Dieser Artikel zeugt nicht nur von einer erheblichen Unkenntnis des Autors über die Beschlüsse der PDS Barnim, sondern ist auch gespickt mit Halb- und Unwahrheiten. Hier der Versuch einer Klarstellung:

1. Der »Barnimer Weg« wurde erst nach den Kommunalwahlen 2003 zu Papier gebracht und war der Versuch, Grundlagen für ein Miteinander der im Kreistag vertretenen Parteien und Bewegungen für eine erfolgreiche Entwicklung des Landkreises festzuschreiben.

2. Der »Barnimer Weg« geht nicht davon aus, daß in der Kommunalpolitik kein Platz für Parteienpolitik ist, sondern der »Barnimer Weg« akzeptiert und respektiert unterschiedliche weltanschauliche und ideologische Positionen. Nun ist aber der Kreistag nicht das Gremium, in dem gesellschaftsphilosophische, gesellschaftspolitische und gesellschaftsökonomische Grundsatzdebatten geführt werden können. Er ist jenes Gremium, in dem entsprechend der von den Wählern erreichten Zusammensetzungen, Beschlüsse zu fassen sind, die eine konkrete Entwicklung vor Ort behindern oder befördern.

3. Die PDS geht davon aus, daß die Gesellschaft sich tatsächlich aus unterschiedlichen Klassen und Schichten zusammensetzt. Das heißt, aus Kindern und Jugendlichen, Schülern und Studierenden, Auszubildenden und Arbeitnehmern, aus Lehrern, Angestellten, Beamten, Gewerbetreibenden, Unternehmern (Klein- und Mittelständisch) und auch aus einer immer zunehmenden Zahl von aus dem Arbeitsprozeß gedrängten (ALG-Empfänger, ALG II-Empfänger und die nicht mehr Erwerbsfähigen) – ich hoffe ich habe niemanden verges-

sen. Im Programm der PDS kann man nachlesen, welche gesellschaftspolitische Perspektive die PDS anstrebt.

Im Kreistag gilt es, Bedingungen zu beschließen, sofern das überhaupt möglich ist, die gewährleisten, daß der soziale Frieden im Landkreis gesichert wird. Das heißt aber auch, zu berücksichtigen, daß wir Bedingungen brauchen, die es Unternehmern und der Öffentlichen Hand ermöglichen, Arbeitsplätze zu schaffen und damit regionale Wirtschaftskreisläufe zu stabilisieren und Arbeitslosigkeit zu mindern.

4. Das Selbstverständnis des Autors zur Frage des Wettbewerbs in der Gesellschaft ist traurig. Für uns, die PDS, setzt es nicht voraus, daß wir uns selbst für die Besten halten. Selbst dem Autor dürfte nicht entgangen sein, daß diese Theorie schon einmal kläglich gescheitert ist. Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungen schließt eben in der Politik ein, daß man verschiedene Entwicklungsvorstellungen diskutiert, sich mit den Positionen anderer auseinandersetzt und mehrheitsfähige Konzepte erarbeitet. So ist der »Barnimer Weg« nicht der Verzicht auf eigene klare Zielstellungen, sondern die Möglichkeit des demokratischen Miteinanders unterschiedlicher politischer Parteien und Bewegungen im Interesse des Landkreises.

Abschließend: Nicht der Weg des Machbaren macht eine Partei überflüssig, sondern das permanente Tragen ideologischer Flaggen ohne die Fähigkeit, diese Ideologie in Alltagspolitik umzusetzen.

MARGITTA MÄCHTIG,  
PDS-Kreistagsfraktionsvorsitzende

## Die Hoffnung stirbt zuletzt

»Die Hoffnung stirbt zuletzt« könnte auch über dem Kapitel »Ein Bad für Bernau« stehen. Ein jahrzehntelanger Wunsch vieler Bernauer scheint nun doch in greifbare Nähe zu rücken.

In einer öffentlichen Sitzung der PDS-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Bernau erläuterte der Investor der Bahnhofspassage und des geplanten Erweiterungsbaus Peter Fritz sein Vorhaben und machte Mut, daß einer Umsetzung kaum noch etwas im Wege steht. Seine Begeisterung für das Projekt steckte an. Die zahlreichen Besucher fragten ihm buchstäblich Löcher in den Bauch.

Auf vieles gab es Antworten, wenngleich manches auch noch unkonkret blieb. Neben neuen Handelseinrichtungen, die vor allem den Bedarf junger Menschen in der Stadt nach einem Media-Anbieter und Markenartikeln abdecken wird, sollen im Anbau der Bahnhofspassage insbesondere Frischwaren aus der Region angeboten werden.

Attraktion des Gebäudes wird ein Fitness-Wellness-Bad-Bereich, der mit einem 25-Meter-Becken und vier Bahnen Anforderungen des Schulschwimmens gerecht werden kann. Rechnen wird sich dieses Unternehmen aber nur, wenn etwa 160.000 Besucher im Jahr erreicht werden.

Nachdem die von verschiedenen Ministern des Landes Brandenburg immer wieder versprochenen Fördermittel nun endgültig ad acta gelegt wurden, will Peter Fritz das Vorhaben mit eigenen Kraft stemmen. Insgesamt seien dafür rund 20 Mio. Euro geplant. Wenn der Plan des Investors aufgeht, können bereits im Herbst 2006 die ersten Besucher ihre Bahnen schwimmen.

Übrigens kündigte Peter Fritz an, gemeinsam mit den Bernauern nach einem Namen für das Bad zu suchen. Mit dem Grübeln darüber kann man ja schon heute anfangen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN, Vorsitzende der  
PDS-Fraktion in der StVV Bernau

## Offener Brief

an die Einwohner von Althüttendorf

Mit der Kanalerschließung Ihrer Gemeinde vor sechs Jahren ist Ihnen Gewalt angetan worden. Jetzt haben Sie es erkannt. Es gab natürlichere, ökologisch bessere, modernere und – nicht zuletzt – kostengünstigere Lösungen. Die hat man Ihnen vorenthalten. Sie wurden unter Druck gesetzt mit z.B. folgenden Drohungen und Versprechungen:

– Wer den Kanal nicht will, dem drohen Kontrollen und Strafen, etwa wenn die Sammelgrube undicht ist. Eigene Anlagen sind sowieso nur Notlösungen. Deshalb müsse sich auch wer eine eigene Anlage zur Wasserreinigung hat anschließen und zahlen und dürfe diese Anlage nicht weiterbetreiben.

– Die Kanalisation ist die ökologisch beste Lösung.

– Wenn der Kanal nicht gelegt wird, gibt es keine Fördermittel für den Straßenbau.

– Sie müssen sich schnell entscheiden, später gibt es keine Fördermittel, alles wird sehr viel teurer.

– Wenn der Kanal erst liegt, dann wird es für Sie billiger als die bisherige Abfuhr.

Heute erkennen Sie: Das alles waren nur Vorwände, Sie an den Kanal zu zwingen, Beiträge von Ihnen zu erpressen und sie in die Gebührenfalle zu locken. Auch wenn Sie die Ihre Beiträge zurückbekommen sollten – ohne Zinsen versteht sich! – Sie stecken weiter in der Gebührenfalle und zahlen die Kanalisation jetzt über horrenden Gebühren bis an Ihr Lebensende und ihre Erben zahlen weiter! Und am schlimmsten: Sie tragen zur Verunreinigung der Gewässer bei! Auch die Luft in Althüttendorf wird durch den Kanal nicht besser. Ihre Gäste merken das zuerst!

Es gibt Wege aus diesem Teufelskreis. Sie sind beschwerlich und steinig, aber es lohnt sich. Suchen und gehen Sie gemeinsam, gemeinsam mit Ihrem Bürgermeister und mit Ihren Gemeindevertretern. Lösen Sie sich von falschen Ratgebern, die nur ihr eigenes »Schäffchen« ins Trockene bringen wollen.

Aus Ihrer Mitte kam der Vorschlag, eine Arbeitsgruppe »Wasser« zu gründen. Wir schlagen Ihnen vor, gründen Sie diese AG als Ortsgruppe der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB). Damit stehen Ihnen nicht nur reiche Erfahrungen sondern auch fähige Anwälte zur Verfügung; die werden Sie brauchen! Druck und Gewalt der Administration gegen Sie, die Bürger, hören nicht auf. Sie spüren das täglich! Erkennen Sie: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Wir werden Ihnen stets zur Seite stehen. Nehmen Sie uns in die Pflicht!

Übernehmen Sie selbst Verantwortung! Wir wünschen Ihnen viel Erfolg.

JOHANNES MADEJA und  
Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,  
Kreistagsabgeordneten der BKB/ Freie Wähler

Chorin:

## Barlach-Ausstellung

Noch bis zum 3. April 2005 sind im Kloster Chorin Ablichtungen von Lithographien von Ernst Barlach zu sehen, die er 1917 für sein Drama »Der arme Vetter« geschaffen hat. Zugleich werden Ablichtungen von Zeichnungen von Ernst Barlach gezeigt aus der Mappe »Übungen der leichten Hand«.

Viele Plastiken von Ernst Barlach sind weithin bekannt, nicht so sehr seine Lithographien und Zeichnungen. Daß aber Ernst Barlach auch ein bedeutender Literat und Dramatiker des 20. Jahrhunderts ist, ist weithin unbekannt. Es gibt von ihm bedeutende Prosawerke, wie die Romanfragmente »Seespeck« und »Der gestohlene Mond«, seine Autobiographie »Ein selbsterzähltes Leben« und viele andere Texte und dann 8 Dramen.

Das Drama »Der arme Vetter« ist 1913 entstanden, die Lithographien dazu stammen aus dem Jahr 1917. Das Drama wird 1918 veröffentlicht, Drama und Lithographien bei Paul Cassirer in Berlin 1919.

Es geht in dem Drama »Der arme Vetter« darum, daß Menschen, die einander willkürlich begegnen, durch die Gespräche, die sie führen, einander zu erkennen geben und zum Teil sich selbst neu erkennen, indem ihr inneres Streben ihnen bewußt wird. Das führt zu Polarisierungen und zu tiefgreifender Veränderung einzelner. Denn wer zu sich selbst findet, muß sich entscheiden, wohin er geht oder zu wem er gehören will. – Hans Iver stirbt an den Folgen einer Verletzung, die er sich selbst durch einen Schuß beigebracht hat; Lena Isenbarn trennt sich von ihren Verlobten Siebenmark –

Die 35 Lithographien führen durch das Drama, wobei etliche Darstellungen sehr eindrücklich Menschen in der sie umgebenden Landschaft zeigen.

ERNST BARLACH

DER ARME VETTER



35 Ablichtungen von Lithographien zu dem Drama von Ernst Barlach, ergänzt durch Ablichtungen von Zeichnungen Barlachs aus der Mappe »Übungen der leichten Hand«

**Die Ausstellung ist bis zum 3. April täglich von 9 bis 16 Uhr zu besichtigen.**

Vorträge begleitend zur Ausstellung von Hans-Dieter Winkler

- Einführung zum Drama (9. März 18 Uhr)
- Einführung in das Gesamtwerk von Ernst Barlach (26. März 15 Uhr)

Zwangsarbeit im Waldlager Britz (Teil II)

## Arbeitssklaven auf gestellten Fotos

Olga Semyonowna Stoma wurde im Sommer 1942 mit ihren zwei Cousinen Helena Iwanowna Stoma und Jewgenia Tsitona Stoma zur Zwangsarbeit in das Waldlager Britz bei Eberswalde verschleppt.

Olga Stoma beschrieb das Lager als eine Art Militärplatz, in deren Mitte ein Wasserbecken oder Schwimmbecken war. Der »Kapo« von Olga war eine Frau Dunia. Sie kam wahrscheinlich aus der Ukraine. Diese Frau amüsierte sich damit, Gefangene in das Becken zu schmeißen, um damit ihre Autorität zu beweisen. Auch Olga wurde von ihr ausgesucht. Sie hatte eine Höllenangst, ertränkt zu werden. Denn sie konnte nicht schwimmen. Olga wehrte sich und klammerte sich mit aller Kraft an einen Baum. Daraufhin fing Dunia an, Olga mit dem Stock zu schlagen. Doch Olga ließ den Baum nicht los. Man steckte sie daraufhin in den Bunker. Der Bunker war ein kleiner Keller ohne Fenster. Wahrscheinlich einer der kleinen Keller, die später, wie am Haus des Lagerführers angebaut wurden. Auch dort wurde sie weiter geschlagen.

Dunias Markenzeichen waren ein Stock, der am Gürtel hing und eine Trillerpfeife. Auf ihrer Jacke war ein Emblem mit der Aufschrift »Ost« in den Farben weiß und blau.

Olga Stoma wurde der Küche zugeteilt, wo sie Kontakt zu den Deutschen bekam. Eine Küchenfrau, Frau P. wohnte wahrscheinlich in Britz, brachte einmal 18 Äpfel aus ihren Garten mit. 18 Äpfel für 18 Zwangsarbeiterinnen, die in einer Holzbaracke untergebracht waren. Aus welchem Anlaß die Äpfel so kurz vor Kriegsende mitgebracht wurden, darüber kann man heute spekulieren. Tatsache ist aber, es hat den Zwangsarbeiterinnen nicht geschadet.

Frau B. und Frau P. haben kurz nach der Einlieferung der Zwangsarbeiterinnen den ihnen zugeteilten Hilfskräften Kleider und Schmuck mitgebracht, weil sie ein Gruppenfoto machen wollten.

Der Schmuck bestand aus Ringen, Ohrringen, Uhren und Armbändern. Die Kleider waren die gleichen, ohne Unterschied. Beide Bilder wurden vor dem Lager gefertigt, ob Holz- oder Steinlager, ist nicht genau ersichtlich.

Olga berichtete später ihrem Enkel, daß alle dazu angehalten waren, sich bei Frau P. und



Olga und eine unbekannte Zwangsarbeiterin  
(GWI Eberswalde, Bildarchiv Britz, 1942)



Zwangsarbeiterinnen mit Küchenfrauen B. + P.  
(GWI Eberswalde, Bildarchiv Britz, 1942)

Frau B. einzuhaken und gute Mine zu machen. So, als würde man sich sehr gut verstehn und mögen, was aber nicht unbedingt der Fall war. Und sie sollten die Uhren und den Schmuck gut im Foto zeigen.

Der Enkel fragt heute, wollte man sich vor Recherchen schützen?

HOLGER KLICHE

Copyright: GWI Eberswalde, Nachdruck und sonstige Weiterverwendung nur mit Zustimmung des Geschichtswissenschaftlichen Institutes Eberswalde (GWI).

## Umweltferien in Kaliningrad

Lange Sandstrände, klares Meerwasser, eine scheinbar unberührte Natur und viele Menschen aus sechs verschiedenen Ländern. Was nach einem schönen Traum klingt, wird in diesem Sommer in Kaliningrad wahr werden.

Die BUNDjugend Brandenburg veranstaltet nahe der russischen Stadt am Kurischen Haff ein internationales Workcamp. Im Sommer 2005 werden dann Russen, Ukrainer, Weißrus-

sen, Polen, Letten und Deutsche vierzehn Tage lang miteinander leben und arbeiten. Während des Camps soll eine Naturschutzstation errichtet werden, jedoch gibt es auch spannende Exkursionen und viel Raum, sich kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen.

KERSTIN HILDEBRANDT

BUNDjugend Brandenburg, Friedrich-Ebert-Str. 114 a, 14467 Potsdam, Tel: 0331/9511971, Email: bundjugend-bb@bund.net

Filmprojekt in Lunow

## »Die Alten erzählen gerne«

Kürzlich hatte im Lunower Gemeindesaal der erste Lunower Heimatfilm Premiere. Wie der Gemeindepfarrer Thomas Berg gegenüber der evangelischen Wochenzeitung »Die Kirche« erklärte, gab es in den letzten Jahren schon mehrmals Anläufe zu einem eigenen Film. Doch nun habe er Förderanträge beim Jugendprojekt »Zeitensprünge« der Stiftung Demokratische Jugend und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung gestellt und die wurden angenommen. Auch das Bundesfamilienministerium gab einen kleinen finanziellen Anschlag, während Thomas Berg die semiprofessionelle Videotechnik zur Verfügung stellte. Bald waren sieben Jugendliche der Jahrgänge 1989 bis 1993 gefunden, die acht (Ur-)Großeltern im Dorf, Jahrgänge 1913 bis 1924, befragten. Ergänzt mit zeitgenössischen Aufnahmen wurden die Interviews zu kurzen Filmszenen zusammengeschnitten.

Die Kirchenzeitung berichtet: »Der Bildaufbau ist einfach. Die Interviewten sitzen jeweils vor ihren Häusern oder Scheunen und meist ist auch ein Jugendlicher mit im Bild, der, um wenig Störgeräusche bemüht, ganz fest und steif das Mikrofon hält. Die Situation ist berührend. Offensichtlich erzählen die Alten gerne. Die Interviewer wagen es kaum, den Redefluß mit Nachfragen zu unterbrechen.«

Einer der Lunower Jungfilmer ist der 14-jährige Volker Tubandt. Er ließ sich alte Geschichten erzählen, die für ihn ganz neu waren. »Zum Beispiel gab es ein Nachbardorf jenseits der Oder«, erzählt er, »das hieß Berlinchen. Da sind sie mit den Fähren rüber gefahren und haben viel Kontakt miteinander gehabt«. Heute heißt Berlinchen auf polnisch Bielinek. Eine Fährverbindung gibt es nicht mehr. Allerdings leben einige ehemalige Berlinchener heute in Lunow, die der Enkelgeneration vor der Kamera erzählen, wie sie ihre Jugend erlebt haben.

»Wir hatten so einen Lehrer, der war ein bißchen altmodisch. Dann rief er: Aufstehen, singen: Fuchs, Du hast die Gans gestohlen.« Ein anderer berichtet: »Wir haben alle Tage unsere Arbeit gehabt. Wir haben unser Vergnügen und Feste gehabt im Dorf oder Nachbar-

dorf, nicht wie die Jugend heute, nach Prenzlau oder Eberswalde oder Berlin zur Disko. Wir hatten reichlich kulturelles Leben hier auf den Dörfern und fühlten uns wohl«. Sogar eine eigene Badeanstalt gab es früher in Lunow. Wegen ihrer Rundhütten aus Schilf wurde sie von allen einfach »Negerdorf« genannt und war im Sommer sehr beliebt. Wieso der Dorftreffpunkt wieder geschlossen wurde, vermag von den Alten heute keiner mehr zu sagen.

Neben den lustigen Anekdoten gibt es auch Nachdenkliches. Viele Berlinchener und Lunower Männer sind »im Krieg geblieben«, wie sich die Zurückgebliebenen erinnern. Die beiden Dörfer direkt an der Oder lagen von Ende Februar bis April 1945, als die letzte große Schlacht um Berlin begann, in der Frontlinie. Die Frauen und Kinder flohen. »Wir mußten nach Klein-Ziethen und von da auch weg. Dann ging der Treck zwischen Wismar und Lübeck bis wir in Grevesmühl landeten. Die Männer blieben im Dorf zurück und mußten Panzersperren bauen«, erinnert sich eine der Interviewten. Nach dem Krieg kamen die meisten Flüchtlinge zurück und bauten ihr zerschossenes Dorf wieder auf.

Knapp 1.100 Menschen wohnen heute in Lunow. An der Peripherie des Landkreises Barnim gelegen, wird die Dorfgemeinschaft heute von der drohenden Perspektivlosigkeit bedroht. Die Lunower Schule ist geschlossen, vor allem junge Leute verlassen auf der Suche nach Arbeit das Dorf. Mit der emotionalen Bindung an die Heimat, hoffen Leute wie Thomas Berg dem entgegensteuern zu können. Der Heimat- und Museumsverein etwa bietet Sprachkurse für »Lunsches Platt«. Mit dem Filmprojekt soll das Geschichtsbewußtsein der jungen Generation gefördert werden. »Mir ging es darum«, sagt Thomas Berg, »daß die Jugendlichen sich mit ihrer eigenen Geschichte beschäftigen und mit den Alten noch mal ausdrücklich in Kontakt kommen, weil doch auch in so einem Dorf, das überschaubar ist, die Altersklassen nebeneinander her leben«. G.M.

(Quelle: evangel. Wochenzeitung »Die Kirche« Nr. 7 vom 13.2.2005, www.die-kirche.de)

## Gastgeberfamilien gesucht

**Eberswalde (prest-ew).** Der »Freundeskreis Südafrika« (FSA) sucht für sein Austauschprogramm 2005 deutsche Gastfamilien, die für vier Wochen bzw. drei Monate einen südafrikanischen Jugendlichen aufnehmen. Die Schülerinnen und Schüler der 9.-12. Klasse sind 14 bis 18 Jahre alt. Sie nehmen während ihres BRD-Aufenthaltes am Unterricht teil. Die Jugendlichen kommen im Juni/Juli und Dezember/Januar (jeweils für vier Wochen) sowie von Oktober bis Januar (drei Monate).

Der FSA organisiert die Bahnfahrt zu und von den Gastfamilien sowie die Kranken- und Haftpflichtversicherung. Die Gastfamilien bieten den Jugendlichen Unterkunft, Verpflegung und die Teilnahme am Familienalltag. Der FSA sieht sich als unpolitische Privatinitiative. Er besteht aus ehemaligen deutschen Gastfamilien, die sich für Südafrika und dessen Entwicklung zur Demokratie engagieren.

Kontakt: FSA Youth Exchange; Petra Jaeobi, Rehagenhof 42 33619 Bielefeld, Tel. 0521/160050; email: petra@fsa-youthexchange.de.

## Gospelchorkonzert

Die Evangelische Stadtkirchengemeinde lädt am Sonntag, dem 13. März um 17 Uhr zum Gospelchorkonzert in die Johanniskirche am Karl-Marx-Platz ein. Gleich zwei Gospelchöre, werden je einzeln und miteinander das Konzert bestreiten. Es ist der Chor »Joyful Noise« aus Berlin und die »Westend-Gospel-Singers« hier aus Eberswalde. Gospelbegeisterte werden also doppelt Freude an diesem Konzert haben können.



Der Rhythmus schwarzamerikanischer Gemeinden hat auch in Deutschland viele Menschen längst erfaßt und in Bewegung gebracht. Spirituals aus den früheren Zeiten oft in neuem Gewand stehen in unserem Konzert modernen Gospelsongs gegenüber. Klassiker wie »Oh happy day« und »This little light of mine« und neue Hits wie »Higher and higher« wollen die Zuhörer mitreißen und das Konzert zu einem Gospelfest werden lassen. Aber was ist ein Gospelkonzert ohne die Chance mitzusingen und mitzuklatschen? Auch dazu wird Gelegenheit sein. Lassen Sie sich von dieser Musik begeistern. Der Eintritt beträgt 4 Euro. Für Kinder und Schüler ist der Eintritt frei.

HANNS-PETER GIERING

## SPD-Chef in Eberswalde

Der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering besuchte am 3. März die gymnasiale Oberstufe des OSZ II in Eberswalde. Dort diskutierte er mit den Schülerinnen und Schülern über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, Bildung und Forschung sowie Perspektiven der östlichen Bundesländer.

MARTIN EHLERS, Jusos Barnim

## PDS-Senioren

Die Frauentagsfeier der AG Senioren beim Stadtvorstand der PDS Eberswalde findet in diesem Jahr gemeinsam mit anderen Vereinen im »Haus am Stadtsee« statt. Nicht nur für Männer steht der Preisskat am 30. März im Terminkalender. Hier werden Voranmeldungen an Günter Hildebrandt (Tel. 03335/30594) erbeten. Politisch wird die Arbeit der AG Senioren wieder am 14. April, wenn es um die Schwerpunkte der Kommunalpolitik der PDS im Kreistag und in der StVV Eberswalde geht. Die Veranstaltungen finden, außer die Frauentagsfeier, wie gewohnt im Restaurant »Bierakademie« in der Eberswalder Eisenbahnstraße 27 statt und beginnen um 14 Uhr.

MANFRED WERNER

Montagsdemo am 28.2.:

## Nicht nur dem Frost und Schnee trotzend

**Eberswalde (bbp).** Ein schneidend kalter Wind von minus 6 Grad fegte über den Marktplatz. Mit Beginn der Kundgebung begann es auch noch zu schneien. Da waren heißer Tee und ein loderndes Feuer genau das richtige und wurden freudig angenommen. Trotz des schlechten Wetters waren 60 Demonstranten erschienen und harhten aus.

Robert Malinowski kündigte Karla Kruse als erste Rednerin der kurzen Kundgebung an. Sie hatte sich in den letzten Tagen und Wochen bemüht, mit vielen anderen Montagsdemos Kontakt via Internet aufzunehmen und berichtete nun über den Briefwechsel. Überall sei die Situation ähnlich, schilderte sie. Trotz meist zurückgehender Teilnehmerzahlen sind die verbliebenen Demonstranten entschlossen, weiter zu machen.

Frank Töpfer berichtete über die Arbeit der sogenannten Monitoringgruppe, die Probleme bei der Umsetzung von Hartz IV erkennen und Lösungen vorschlagen soll. Er warf der Monitoringgruppe vor, die bereits hinreichend bekannten Probleme von Hartz IV

nur weiter beobachten und erst später Korrekturen feststellen zu wollen. Dies sei eine Verschleppungstaktik, die die Betroffenen nicht hinnehmen dürfen.

Es folgte ein kleiner Sketch mit Erika Klatte und Karla Kruse, in dem der Umgang der Mitarbeiter des Arbeitsamtes mit den Hartz IV-Betroffenen glossiert wurde.

Dann gab es noch einige Äußerungen am offenen Mikrofon, ehe die Kundgebung – ein Marsch war ohnehin nicht vorgesehen – geschlossen wurde und die Frierenden nach Hause eilten.



## Freundschaftsgesellschaft

Zum Internationalen Frauentag 2005 führt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde am 5. März, 14.30 Uhr in der Brunnenstraße ihre Veranstaltung durch.

»Ostern auf russischer Art« ist das Thema des Freundschaftsnachmittags am 2. April. Beginn ist um 14.30 Uhr in der Brunnenstraße. Interessenten melden sich bitte unter der Telefon-Nr. 28965 an.

WALDEMAR HICKEL

## Globus und BUS:

## Bananen-Kampagne

Am 3. März fiel der Startschuß für die »Bananenkampagne«. Der Inhaber von Globus Naturkost & Naturwaren Torsten Pelikan möchte die Arbeit der Barnim-Uckermark-Stiftung unterstützen. Daher spendet er aus dem Verkaufserlös eines jeden verkauften Kilo Bananen 50 Cent an die Barnim-Uckermark-Stiftung. Die vor zwei Jahren in Eberswalde gegründete Bürgerstiftung möchte das Geld für den weiteren Stiftungsaufbau sowie für die Förderung regionaler Vereine und Initiativen verwenden.

HELGA THOMÉ

## PDS Mitgliederversammlung

**Eberswalde (bbp).** Die ursprünglich für den 25.2. geplante Mitgliederversammlung des PDS-Stadtverbandes Eberswalde ist auf Freitag, den 11. März verschoben worden. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Auswertung des Landesparteitages und die Vorbereitung des 60. Jahrestages der Befreiung. Die Mitgliederversammlung findet in der Eberswalder »Bierakademie« statt und beginnt um 15 Uhr.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_  
2. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum) \_\_\_\_\_

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.  
**anschrift:** Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
**telefon:** (0 33 34) 35 65 42  
**telefax:** (0 18 05) 75 111 125 96  
**e-mail:** bbp@telta.de  
**bbpforum:** bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)  
**redaktion:** Gerd Markmann  
**fotografie:** Fischer (1), Giering (1), GWI (2), Markmann (4), Triller (1)  
**druckerei:** PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00  
**redaktionsschluß:** 26. Februar 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26.3.2005, 12 Uhr.